

Editorial

Die Welt verändert sich in rasantem Tempo. Wir sind Zeuginnen und Zeugen einer Zuspitzung der weltweiten imperialistischen Konkurrenz, die vor allem den US-Imperialismus dazu drängt, seine Interessen wieder verstärkt militärisch durchzusetzen. Die Spannungen zwischen den Staaten nehmen zu. Wir könnten an der Schwelle eines neuen Weltkriegs stehen. Hinzu kommen Klima- und Umweltkrise, die Krise im Bildungssystem, die voranschreitende Rechtsentwicklung. Das Kapital und seine Regierung greifen massiv alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung an. Diese Liste ließe sich lang fortsetzen. Der Widerstand gegen diese Angriffe ist noch zu zaghaft, zu schwach entwickelt und ihm fehlt die klare Perspektive. Aber es gibt ihn und er wächst.

All diese Entwicklungen fordern von uns Antworten. Um Antworten zu geben, bedarf es profunden Wissens des Marxismus-Leninismus und einer lebendigen kollektiven Diskussion. Antworten zu geben ist eine echte Herausforderung, auch da wir die Konterrevolution von 1989 noch nicht überwunden haben. Wir müssen diese Herausforderung annehmen, um wieder vorwärtszukommen und stärker zu werden. Die Diskussion um die richtigen Antworten wird in der kommunistischen Weltbewegung und natürlich auch in unserer Partei, der DKP, geführt; sie ist notwendig und alternativlos. In dieser Debatte sind sehr grundsätzliche Kontroversen erkennbar, auch um programmatische Fragen und Grundlagen unserer Weltanschauung; u.a. beim Strategiepapier zum Friedenskampf wird deutlich, dass

die theoretischen Standpunkte praktische Konsequenzen haben. In jeder Diskussion zeigen sich notwendigerweise der Einfluss bürgerlicher Ideologie, Halbwahrheiten, subjektiv-verzerrte Eindrücke und dogmatische Standpunkte. Von der Pflicht, sich dahingehend selbst zu überprüfen, nehmen wir uns nicht aus. Der Kampf gegen diese Tendenzen ist unsere gemeinsame Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten.

Es muss um Inhalte und Positionen gehen. Diese Zeitschrift kann nicht mehr als ein Anstoß sein; ihr wichtigstes Ergebnis soll die Resonanz in den Köpfen, Diskussionen und Reaktionen der Leserinnen und Leser sein.

Zu klären ist, wie wir die Diskussion um diese Fragen organisieren können. Die UZ ist in erster Linie ein nach außen gerichtetes Öffentlichkeitsmaterial, das eine Parteidiskussion über strittige Fragen kaum kontinuierlich und in der gebotenen Tiefe leisten kann. Auch die Marxistischen Blätter können diese Rolle nicht spielen. Die gemeinsame Diskussion muss die kollektive Aufgabe der gesamten Partei sein. Entscheidend ist die Diskussion in den Gliederungen auf allen Ebenen.

Zu dieser Diskussion versuchen wir mit dieser Zeitschrift einen kleinen Beitrag zu leisten. Wir wollen Debatten und Kontroversen anstoßen. Dabei darf es in der Sache auch scharf und polemisch zugehen. Wenn das nützt, um die inhaltlichen Linien deutlicher und nachvollziehbarer zu machen, ist das für die Sache gut: Es geht um Argumente und nur wenn diese ausgetauscht werden, kann Wahrheitsfindung als kollektiver Prozess betrieben werden. Das schließt das Recht auf Irrtum ein und die Verleumdung von Personen aus. Es muss um Inhalte und Positionen gehen. Diese Zeitschrift kann nicht mehr als ein Anstoß sein; ihr wichtigstes Ergebnis soll die Resonanz in den Köpfen, Diskussionen und Reaktionen der Leserinnen und Leser sein. Je stärker das gelingt, desto besser erfüllt diese Zeitschrift ihren Zweck und in diesem Sinne freuen wir uns über kritische wie zustimmende Reaktionen gleichermaßen.

Als Geleitwort zu unserem Beitrag auf dem theoretischen Feld dieser Arbeit verweisen wir auf das, was unser Genosse Hans Heinz Holz 1999 geschrieben hat:

„Das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit geht aus den gemeinsamen Denkbemühungen derer hervor, die sich dem Thema widmen. Das kann nicht heißen, dass es ein Kompromiss zwischen Meinungen ist. Wissenschaftliche Richtigkeit beruht auf der Genauigkeit der Analyse und auf der Schlüssigkeit der Argumente.“¹

Die Zahl der Genossinnen und Genossen in der DKP ist gesunken. Aber immer noch engagieren sich viele von ihnen – junge wie ältere – mit hohem persönlichem Einsatz für die Partei. Vor allem an sie richten wir uns.

Die Entwicklung der Welt ist nicht so eingerichtet, dass wir uns erlauben können, schwach zu bleiben. Die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus in seinem letzten Stadium bereitet seine Ablösung vor. Der Sozialismus ist die Antwort auf diese Widersprüche.

Die sozialistische Revolution von morgen in den Kämpfen von heute vorzubereiten – die Klassenfrage herauszuarbeiten – bleibt deshalb unsere Aufgabe.

Der Herausgeberkreis



¹ H.H.Holz »Sozialismus statt Barbarei«, Essen 1999, S.9

Inhalt

Editorial.....	1
Impressum.....	3
Debatte um den Imperialismus Vorwort zur aktuellen Ausgabe.....	4
„Regierung des Friedens“?.....	5
Klassenkampf gegen die Kriegsordnung - unsere Aufgaben in der Friedensbewegung.....	8
Kein Nebenkriegsschauplatz.....	11
Die Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus – ein Klärungsversuch.....	13
Abstumpfende Widersprüche?.....	18
Kein Entrinnen?.....	22
Win-Win-Ansatz und Global Governance.....	26
Chinas Kapitalexporte.....	31
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.....	37

Impressum

KLASSENFRAGEN

Zeitschrift für kommunistische Debatte und Politik

ist eine periodisch erscheinende Publikation.

Herausgeber

Arbeitskreis KlassenFragen:

Jan Meier · Jürgen Lloyd · Lucas Zeise · Maxi Meyer

www.klassenfragen.org

Kontakt: kontakt@klassenfragen.org

Abonnieren unter <https://www.klassenfragen.org/abonnieren>

V.i.S.d.P.: Jürgen Lloyd · Viktoriastr. 109 · 47799 Krefeld

Debatte um den Imperialismus

Vorwort zur aktuellen Ausgabe

Arbeitskreis KlassenFragen

Vor euch liegt die erste Ausgabe der „KlassenFragen“. Dieses Heft versammelt Beiträge zur Debatte um den Imperialismus, die unsere Partei in den vergangenen Jahren intensiv beschäftigt hat und weiter beschäftigen wird: die Frage, wie wir den Imperialismus heute analysieren und was daraus für unsere Strategie und Praxis folgt. Wir hoffen, dass das vorliegende Heft Kontroversen und ideologische Verschiebungen im Imperialismusverständnis sichtbar macht. Es soll dazu beitragen, dass notwendige weitere Diskussionen geführt werden und die gemeinsame Arbeit an einem vertieften Verständnis des heutigen Imperialismus befördern.

Der erste Block beschäftigt sich mit **politisch-praktischen Fragen zum Friedenskampf**. Was fordert die gegenwärtige Kriegsgefahr konkret von uns? Welche Strategie braucht die Friedensbewegung? Das sind Fragen, die Heide Humburg in ihrem Beitrag „Klassenkampf gegen die Kriegsordnung“ untersucht. Jürgen Lloyd nimmt kritisch zur Forderung einer „Regierung des Friedens“ Stellung. Zu den Hintergründen der Wehrpflicht und der Bedeutung des Kampfs dagegen schreibt Jan Meier.

Der zweite Block zur **Imperialismusdebatte in der DKP** steht im Zentrum des Heftes. In seinem Beitrag über die Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus erklärt Leon Saurie, dass das Festhalten der Bundesregierung an der „Westbindung“ weder irrational noch Ausdruck ideologischer Verblendung ist, sondern Ergebnis von realen Zwängen und Interessen des deutschen Kapitals.

Olaf Peters beschäftigt sich mit den Hoffnungen auf Multipolarität und BRICS und den Kontroversen der jüngsten Parteitage. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Formel vom „Hegemonieverlust“ und die Hoffnung auf eine kooperative multipolare Weltordnung theoretisch tragfähig sind oder ob sie letztlich auf die alte Illusion hinauslaufen, es könne einen Kapitalismus ohne Imperialismus geben. In einem zweiten Beitrag setzt Olaf sich mit nationalen Befreiungsbewegungen auseinander und argumentiert, dass in der Debatte in der DKP deren Erfahrungen und gerade die größten Erfolge nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Der dritte Block ergänzt das Heft um **aktuelle Analysen**. Im Fokus steht die Rolle Chinas: als Akteur auf dem Weltmarkt, als Kapitalexporteur in Länder des Globalen Südens und als Verteidiger der liberalen Weltordnung. Lucas Zeise analysiert, wie sich die USA unter Trump mit ihrer aggressiven Zollpolitik vom liberalen Welthandelsregime verabschieden und weshalb China zum Verteidiger eben dieser liberalen Weltordnung avanciert. Am konkreten Beispiel der laotisch-chinesischen Eisenbahn zeigt Markus Bernd auf, dass chinesische Auslandsinvestitionen und Kredite ungleiche Entwicklung und Abhängigkeiten nicht aufheben, sondern fortschreiben.

Als theoretischen Referenzpunkt schließt das Heft mit Auszügen aus Lenins Imperialismus-Schrift, die wir nicht als historisches Relikt dokumentieren, sondern als Einladung, sie (erneut) zu studieren - insbesondere Lenins Auseinandersetzung mit Kautsky, die für die heuti-

ge Debatte in unserer Partei von unmittelbarer Relevanz ist.

Einige Beiträge erscheinen unter Pseudonym. Das hat berufliche Gründe – keine politischen. Wir verstecken uns nicht. Wer wissen möchte, wer hinter einem Beitrag steht, kann sich gerne melden.

Wir freuen uns über Rückmeldungen – auch kritische. Leserbriefe und eigene Beiträge sind

ausdrücklich willkommen. Unsere Zeitschrift soll ein Ort für die Debatte in der gesamten Partei sein, Grundorganisationen und Bezirke sind ausdrücklich eingeladen, sie für Diskussionsbeiträge zu nutzen.

Die nächste Ausgabe wird den Schwerpunkt **Sozialismusvorstellungen** haben. Wir freuen uns auf Beiträge und Diskussionen dazu.



„Regierung des Friedens“?

von Jürgen Lloyd

Eine starke Friedensbewegung; stark durch gemeinsame Fokussierung auf geeignete Forderungen wie z.B. „Raus aus der Nato“, „Nein zur Wehrpflicht“, „Stopp der Hochrüstung“ und „Keine Stationierung neuer US-Raketen“; stark durch eine endlich erreichte Mobilisierung großer Teile der ganzen Bevölkerung, allen voran der Arbeiterbewegung; stark durch die Entschlossenheit, fortgesetzt zu kämpfen. – Wäre das nicht erstrebenswert? Ja, es ist nicht nur erstrebenswert, es ist notwendig! Mit dieser Orientierung würde die DKP ihren Aufgaben entsprechen.

Was wäre damit zu erreichen? Wir könnten Druck aufbauen. Starken politischen Druck. Ein politischer Generalstreik könnte der Hebel sein, bei dem das herrschende Monopolkapital davor zurückschreckt, in der Verfolgung dieses oder jenes seiner Interessen einen Krieg zu beginnen. Die sozialdemokratischen Parteien und selbst die anderen bürgerlichen Parteien, deren Geschäft es ebenso ist, die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie der Bevölkerung als verträglich mit ihren elementaren In-

teressen zu verkaufen, könnten gezwungen werden, Zugeständnisse an die wirklichen Interessen ihrer Massenbasis zu machen, um sich nicht vor ihren Anhängern zu blamieren und sich damit ihrer Funktionsfähigkeit zu berauben.

Das ist unser Weg, politisch für das Interesse der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bevölkerung zu kämpfen. Wir verstehen das als Klassenkampf und Umsetzung unseres Selbstverständnisses, welches im Programm der DKP formuliert ist:

„Die DKP ist Partei des Widerstandes gegen die sozialreaktionäre, antidemokratische und friedensgefährdende Politik der Herrschenden und eine antifaschistische Partei; sie ist Partei des proletarischen Internationalismus.“

Wie verhält sich dieser Kampf aber zur Idee einer „Regierung des Friedens“, die von der DKP u.a. im Papier »Den dritten Weltkrieg verhindern!« und in der UZ propagiert wird?

Eine Regierung ist etwas anderes als das Agieren der Parteien. Es ist die Exekutive eines Staates, eines Klassenstaates. Dort sind nicht die Interessen einer Pluralität von Klassen ausschlaggebend, sondern das Interesse der herrschenden Klasse, dessen Staat von der Regierung als Geschäftsführung dieser einen Klasse administriert wird. Diese Grundlage marxistischen Staatsverständnisses wird vom stellvertretenden Parteivorsitzenden verwischt, wenn er vom Bundestag als dem Ort spricht, „*an dem sich die Interessen der Klassen (also plural!, JL) in Gesetze umwandeln.*“¹

Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch eine andere Regierung wurde 13 Jahre später bezahlt mit der Erfahrung des Faschismus.

Handelt es sich hierbei lediglich um eine sprachliche Ungenauigkeit, die versehentlich durchgerutscht ist? Und wäre der Hinweis auf diese Differenz nur eine Spitzfindigkeit, die für die Praxis letztlich unbedeutend ist? Nein, die Darstellung des Staatsapparats als Einrichtung, bei der unterschiedliche Klassen ihre Interessen einbringen (und die daher nicht die Bewegungsform der Herrschaft ausschließlich einer Klasse – der herrschenden Klasse – ist), zeigt sich im genannten Beitrag als Grundlage für die Idee einer „Regierung des Friedens“. Und es hat praktische Konsequenzen: Das Ende des Ersten Weltkriegs wurde in Deutschland erzwungen von den Matrosen, Arbeiterinnen

und Soldaten, die in großer Zahl so mobilisiert und entschlossen waren, wie wir es für eine heutige Friedensbewegung erneut anstreben. Sie waren es, die durch ihr entschlossenes Handeln den Krieg beendeten – nicht die Ebert-Regierung, die dann die entsprechenden diplomatischen Abkommen schloss. Aber damals zeigte sich bald, dass die Mehrheit der aufständischen Bewegung meinte, ihre Interessen könnten bei einer anderen Form des Staates – einer parlamentarischen, bürgerlich-demokratischen Republik – zu ausschlaggebender Geltung gebracht werden und dass die Mehrheit der Bewegung ihre Hoffnung auf eine andere Regierung setzte, die von den „sozialistischen“ Parteien gestellt wird.

Weil es ohne eine erfahrene Kommunistische Partei damals auch an klarem Klassenbewusstsein in der Bewegung mangeln musste, war das Ergebnis der Novemberrevolution eine andere Regierung und sogar eine andere Staatsform, aber eben kein anderer Staat mit einer neuen herrschenden Klasse! Der Erste Weltkrieg konnte beendet werden. Und die Weimarer Republik war sicherlich besser als das alte Kaiserreich. Aber – anders als in Russland – wurde in Deutschland die kapitalistische Klassenherrschaft nicht beendet. Dem Imperialismus wurde ermöglicht, seine Herrschaft in anderem Gewand fortzuführen. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch eine andere Regierung wurde 13 Jahre später bezahlt mit der Erfahrung, dass der Imperialismus auch anders kann, als seine Herrschaft bürgerlich-demokratisch auszuüben und noch wenige Jahre später mit dem nächsten Weltkrieg.

Vor gut 100 Jahren war die Arbeiterbewegung noch nicht so reif, eine Kommunistische Partei hervorzubringen, welche fähig war, auch in Deutschland die Revolution auf den fälligen Sturz jeglicher Klassenherrschaft des Kapitals zu orientieren. Danach – zum Beginn der Wei-

¹ Björn Blach in
<https://www.unsere-zeit.de/strategische-vorschlaege-der-dkp-4811274>

marer Republik – fehlte es den Kommunisten oftmals an der Reife, unter allen Bedingungen (also auch auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen, parlamentarischen Staatsform) ihren revolutionären Kampf als entschlossenen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und der Bevölkerungsmehrheit zu führen und mussten von Lenin vor diesen „Kinderkrankheiten“ gewarnt werden. Beide Schwächen bzw. Fehler sollten wir nicht wiederholen!

Das Strategiepapier »Den dritten Weltkrieg verhindern!« spricht zum Schluss von der Erkenntnis,

„dass für die grundlegenden Lösungen der Menschheitsfragen die Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unumgänglich sind.“

Und es konstatiert vollkommen richtig:

„Ein solches Klassenbewusstsein ist Voraussetzung für den Erfolg im Kampf um den Sozialismus – einer Gesellschaft des Friedens, des Wohlstands und der Demokratie.“²

Die Orientierung auf eine „Regierung des Friedens“, von der sich erhofft wird, sie könne *„eine friedliche Perspektive Deutschlands und eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft ermöglichen“³*, widerspricht dieser Einsicht.

Wir müssen verstehen – und können bei Lenin lernen, dass sich Klassenbewusstsein in der kämpferischen Praxis um konkrete Interessen herausbildet. Solche Kämpfe aber auf die Idee einer „Regierung des Friedens“ zu orientieren, reproduziert die Illusionen, die eine unreife Arbeiter- und Friedensbewegung zum En-

de des Ersten Weltkriegs davon abhielten, mit einem neuen Staat auf revolutionär geänderter Klassenbasis eine *„Gesellschaft des Friedens, des Wohlstands und der Demokratie“* zu erkämpfen. Und sie nimmt zugleich dem erstrebenswerten, richtigen und entschlossenen Kampf zur Verhinderung eines konkreten nächsten Kriegs seine notwendige Spitze – nämlich die Drohung, dass die herrschende Monopolbourgeoisie Gefahr läuft, ihre Klassenherrschaft zu verlieren, wenn sie ihre imperialistischen Interessen weiter mit genau jenem Krieg verfolgt.



² DKP Strategiepapier

<https://www.unsere-zeit.de/den-dritten-weltkrieg-verhindern-2-4811085/>

³ Björn Blach, aaO

Klassenkampf gegen die Kriegsordnung – unsere Aufgaben in der Friedensbewegung

von Heide Humburg

Wir befinden uns in einer brandgefährlichen Situation. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist real, und Deutschland könnte eines der Schlachtfelder dieses Krieges werden. Welche Aufgaben erwachsen daraus für Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland – in einer Zeit hoher Kriegsgefahr, die zugleich keine revolutionäre Situation ist?

Der imperialistische Charakter des Krieges

Der Ausgangspunkt jeder marxistischen Analyse der gegenwärtigen Weltlage ist das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung. Kapitalismus entwickelt sich nicht gleichförmig und parallel, sondern schafft beständig neue Hierarchien, Verschiebungen und Brüche zwischen den Nationen und imperialistischen Mächten. Was wir heute erleben, ist der Prozess der Ablösung des bisherigen Hegemonen: Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen sich einem Aufstieg Chinas gegenüber, der langfristig auf die Umgestaltung der globalen Kräfteverhältnisse hinausläuft. In der Übergangsphase entsteht, was manche als „multipolare Welt“ beschreiben – eine Konstellation konkurrierender Großmächte, die besonders instabil und kriegsträchtig ist.

Die Hauptquelle der Kriegsgefahr geht dabei nicht von dem aufsteigenden, sondern vom niedergehenden Hegemonen aus. Die USA sind nicht bereit, ihre Vormachtstellung kampfflos aufzugeben. Mit militärischen und ökonomischen Gewaltmitteln versuchen sie, den eigenen Abstieg aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen. Diese Dynamik treibt

die Welt an den Rand eines großen Krieges. Hinzu kommt, dass die allgemeine Krise des Kapitalismus sich zuspitzt: sinkende Profitraten, Überproduktion, soziale Polarisierung und ökologische Zerstörung verschärfen die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten.

Die Rolle des deutschen Imperialismus

Deutschland nimmt in dieser Konstellation eine widersprüchliche Position ein. Der deutsche Imperialismus befindet sich im Niedergang und ist gleichzeitig eingeklemmt zwischen den großen Blöcken. Noch in den 2010er Jahren war Deutschland, gestützt auf die Europäische Union und seine Exportwirtschaft, wirtschaftlich fast auf Augenhöhe mit den USA und China. Davon ist heute nicht mehr viel übrig. Die deutsche Industrie ist in nahezu allen strategisch relevanten Zukunftstechnologien von chinesischen oder US-amerikanischen Importen abhängig. Viele ihrer Kernprodukte sind nicht zukunftsfähig.

Die herrschende Klasse in Deutschland reagiert auf diesen Niedergang mit relativer Geschlossenheit. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Deutschland „kriegstüchtig“ gemacht werden muss – sowohl im militärischen Sinne durch den Aufbau einer eigenständigen Kriegswirtschaft und die Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht, als auch im ökonomischen Sinne durch eine massive Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft. Das Ziel ist die Wiedererlangung der ökonomischen Stärke Deutschlands und

eine sogenannte „strategische Autonomie“ – der Versuch, auch in der veränderten Weltlage in der ersten Liga der Großmächte mitzuspielen. Für die Arbeiterklasse bedeutet dies: steigende Rüstungsausgaben auf Kosten von Sozialleistungen, verschlechterte Arbeitsbedingungen, und letztlich die Bereitschaft der Herrschenden, dieses Land zum Schlachtfeld eines Krieges zu machen, in dem die Arbeiterinnen und Arbeiter nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben.

Das beinhaltet erstens die konsequente Betonung des imperialistischen und des Klassencharakters des Krieges. Es muss immer wieder klar gemacht werden: Die Arbeiterklasse hat in diesem Krieg nichts zu gewinnen – auch keine Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, die die Kriegsspirale weiter anheizen.

Der Hauptfeind der Arbeiterklasse in Deutschland ist daher der deutsche Imperialismus. Diese Klarheit ist notwendig.

Der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse

Eine ehrliche Analyse der Ausgangslage für den Friedenskampf muss sich dem Zustand des Bewusstseins und der Organisation der Arbeiterklasse in Deutschland zuwenden – und dieser Zustand ist widersprüchlich. Einer-

seits wächst das Misstrauen gegen die Herrschenden und ihre Erklärungen erheblich. Der Widerspruch zwischen den eigenen Erfahrungen und Interessen und den Erklärungsmustern der politischen und medialen Eliten, treibt immer mehr Menschen in eine diffuse Opposition. Sie wollen keinen Krieg, sie sehen die sozialen Kosten der „Zeitenwende“, und sie spüren, dass die Lasten ungleich verteilt werden.

Andererseits versteht sich die Arbeiterklasse kaum noch als Klasse. Die Traditionen, Organisationen und das kollektive Gedächtnis der Arbeiterbewegung sind weitgehend zerbrochen. Das fehlende Vertrauen in die potentielle eigene Kraft macht sie anfällig für falsche Hoffnungen und nationalistische Scheinlösungen. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland, auch der Arbeiterklasse, steht hinter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Kritik gibt es eher an Unfähigkeit oder Ineffizienz der Regierung als „am System“. Das Misstrauen gegen die Herrschenden speist sich nicht aus einem Klassenbewusstsein heraus, sondern drückt sich in politisch fragmentierten und zum Teil reaktionären Formen aus: in nennenswerten Stimmenanteilen für rechte Parteien, im massenhaften Nichtwählen, in einer diffusen Wut. Die Friedensbewegung schafft es kaum, an den Klasseninteressen der Arbeiterklasse anzuknüpfen. Sie wird als weltfremd und idealistisch wahrgenommen. Verstärkt wird dies dadurch, dass die traditionellen Friedenskräfte immer wieder Leute ausgrenzen, die bestimmte Selbstverständlichkeiten des linken Milieus nicht teilen.

Diese Ausgrenzung ist nicht nur ein taktischer Fehler. Sie ist ein strategisches Versagen, das die Friedensbewegung auf ein enges soziales Milieu beschränkt und sie der großen Massen beraubt, die sie für einen ernsthaften Kampf gegen den Kriegskurs bräuchte.

Einheitsfront statt Abgrenzung

Was folgt aus dieser Analyse? Die zentrale Schlussfolgerung ist: Der Kampf gegen den Krieg ist ein zentrales Kampffeld der Klassenauseinandersetzungen in Deutschland. Alle anderen wichtigen Fragen – der Abbau sozialer Rechte, die Einschränkung demokratischer Freiheiten, die Intensivierung der Ausbeutung – sind eng mit der Kriegsvorbereitung verknüpft und können nicht isoliert davon begriffen werden. Auf diesem Kampffeld müssen Kommunistinnen und Kommunisten alles dafür tun, dass die Arbeiterklasse gemeinsam kämpft – über alle sonstigen ideologischen Trennlinien hinweg.

Das bedeutet konkret: Einheitsfront. Keine Zugangsvoraussetzungen oder Eintrittsbedingungen, die Teile der Arbeiterklasse vom Friedenskampf ausgrenzen. Offenheit für alle ehrlichen Friedenskräfte, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ihrer weltanschaulichen Herkunft oder ihrer politischen Geschichte. Revolutionäres Bewusstsein und Klassenkampfperspektiven entwickeln sich nicht im sterilen Diskurs unter Gleichgesinnten, sondern im gemeinsamen praktischen Kampf. Nur im Ringen Seite an Seite mit breiten Teilen der Arbeiterklasse können Kommunistinnen und Kommunisten die Avantgarde dieser Klasse für den Sozialismus gewinnen.

Die dramatische Kriegsgefahr zwingt zur Breite – auch angesichts der gegenwärtigen Schwäche der kommunistischen Kräfte. Es wäre falsch und sektiererisch, aus Angst vor dem Verlust „ideologischer Kontrolle“ über eine entstehende Bewegung auf diese Breite zu verzichten. Entscheidend ist nicht, ob wir eine Bewegung von Beginn an dominieren, sondern ob wir mit klaren Analysen, überzeugenden Positionen und der Gewinnung der kämpfenden Avantgarde Einfluss auf ihre Entwick-

lung nehmen und sie perspektivisch in eine revolutionäre Richtung weiterentwickeln.

Die besondere Aufgabe der Kommunisten

In der so verstandenen breiten Friedensbewegung haben wir Kommunistinnen und Kommunisten eine unersetzliche Aufgabe. Nur wir können durch unser theoretisches Verständnis und unsere Analysearbeit maßgeblich zu ihrer Formierung und Entwicklung beizutragen.

Das beinhaltet erstens die konsequente Betonung des imperialistischen und des Klassencharakters des Krieges. Es muss immer wieder klar gemacht werden: Die Arbeiterklasse hat in diesem Krieg nichts zu gewinnen – auch keine Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, die die Kriegsspirale weiter anheizen.

Zweitens gehört dazu die kritische Auseinandersetzung mit bürgerlichen und revisionistischen Positionen innerhalb der Friedensbewegung, die zwar gegen den Krieg eintreten, dabei aber seinen Klassencharakter verschleiern. Die Vorstellung einer „Regierung des Friedens“ hilft uns nicht dabei, die Einsicht in die Notwendigkeit der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse in der Friedensbewegung zu verbreiten, sondern trägt sogar noch zu den Illusionen in das bestehende System bei.

Drittens muss der Sozialismus als der einzige systemische Ausweg propagiert werden – nicht als ferne Utopie, sondern als dringende und greifbare Notwendigkeit.

Ausblick: Die Weichen stellen für eine revolutionäre Situation

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine ideologische Krise. Die Herrschenden können immer weniger erklären, legitimieren und zusammenhalten. Wir nähern uns dem Punkt,

an dem eine nationale Krise entsteht – in dem Sinne, dass die herrschende Klasse nicht mehr in der Lage ist, auf die gewohnte Weise zu regieren. Wenn Kommunistinnen und Kommunisten in dieser Situation ernsthaft und konsequent an der Einheitsfront der Arbeiterklasse

arbeiten, kann der Kampf für den Frieden eine Dynamik entwickeln, die über das unmittelbare Ziel hinausweist. Wir können die historische Entwicklung nicht erzwingen. Aber wir können – und müssen – die Weichen stellen.



Kein Nebenkriegsschauplatz

Hintergründe zur Wehrpflicht und dem Kampf dagegen

von Jan Meier

Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht machen Hoffnung. Sie könnten der Anfang einer antimilitaristischen Jugendbewegung sein, so formulierte es die Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung jungeWelt in Berlin.

„Trias der Kriegsvorbereitung“: Aufrüstung, Wehrpflicht und Not- standsgesetze

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Vorbereitung des deutschen Staates auf größere militärische Auseinandersetzungen, neben der massiven Aufrüstung der Bundeswehr und der Einschränkung demokratischer Rechte. In der Diskussion bisher weniger beachtet: Der „Spannungsfall“. Letzterer gilt als Vorstufe des „Verteidigungsfalls“ und kann mit Zwei-Drittel-Mehrheit vom Bundestag festgestellt werden, wenn eine „bedrohliche Situation“ vorliegt, die

zu einem Krieg eskalieren könne.¹ Vor diesem Hintergrund gewinnt die Einschätzung, „Deutschland befindet sich aktuell nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden.“², der Spitzen der deutschen Geheimdienste an Brisanz. Angebliche russische Drohneneinsätze im deutschen Luftraum oder vermeintliche Angriffe auf Infrastruktur, wie beim Brand einer Kabelbrücke in Berlin, könnten als Vorwand bereits ausreichen.

Im Spannungsfall wird nicht nur die allgemeine Wehrpflicht für alle (!) Männer ab 18 sofort in Kraft gesetzt, darüber hinaus können auch ziviles Personal und private Unternehmen für kriegsnotwendige Arbeiten zwangsverpflichtet werden.

1

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10198>

2

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw42-pa-pkgr-1102394>

Ziele der Wehrpflicht

Die Ziele der Wehrpflicht liegen offen zutage. Erstens ist die bestehende Berufs- und Zeiteme aus Sicht der Herrschenden strukturell unzureichend. Sie ist auf Auslandseinsätze und begrenzte Interventionen ausgelegt, nicht aber auf länger andauernde oder große militärische Konflikte zwischen Staaten. Eine solche Armee ist zu klein und vor allem zu unflexibel, um kurzfristig auf eskalierende militärische Lagen reagieren zu können.

Jede Verweigerung, jede politische Aufklärung und jede Organisation gegen Wehrpflicht und Militarisierung trifft einen empfindlichen Nerv der herrschenden Politik. Der Kampf gegen die Wehrpflicht ist damit kein Nebenkriegsschauplatz, sondern ein zentraler Beitrag zum Widerstand gegen Krieg und Imperialismus.

Zweitens geht es nicht allein um die Erhöhung des Personalbestands. Der entscheidende Vorteil der Wehrpflicht liegt darin, dass sie eine rasche Mobilisierung ermöglicht. Nur mit einem System verpflichtender Erfassung, Ausbildung und Reserve lässt sich im Ernstfall der Soldatenbestand kurzfristig aus ehemaligen Wehrpflichtigen auffüllen. Die Wehrpflicht schafft somit ein personales Reservoir, das nach Bedarf im Kriegsfall unmittelbar verfügbar gemacht werden kann.

Drittens besitzt die Wehrpflicht eine strategische ideologische Funktion. Aus Sicht der Herrschenden soll sie zur Herstellung einer sogenannten „wehrhaften Gesellschaft“ beitragen. Verteidigung wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dargestellt, militärische Logik und Sicherheitsdenken sollen im Alltag normalisiert werden. Kriegsvorbereitung wird so entpolitisiert und als notwendige Vorsorge dargestellt. Unter dem Schlagwort der „Resilienz“ werden zudem zivile und militärische Aufgaben zunehmend miteinander verschränkt – von Katastrophenschutz bis Infrastruktursicherung. Ziel ist eine umfassende Militarisierung gesellschaftlicher Denk- und Handlungsweisen.

Hintergrund: Zuspitzung zwischenimperialistischer Widersprüche

Der neue Wehrdienst ist Ausdruck einer verschärften internationalen Lage. Die zwischenimperialistischen Widersprüche spitzen sich zu, insbesondere im Verhältnis der großen Machtblöcke. Für die herrschende Klasse der USA liegt ein zentrales Interesse darin, dass Verbündete wie die Bundesrepublik größere militärische Verantwortung übernehmen, um eigene Kräfte für die strategische Auseinandersetzung mit China freizusetzen. Gleichzeitig verfolgen die Herrschenden in Deutschland eigene Interessen: Durch militärischen Ausbau und personelle Aufrüstung soll die Fähigkeit gestärkt werden, eigenständiger (insb. von den USA) zu agieren und geopolitische Interessen notfalls auch militärisch durchzusetzen („strategische Autonomie“).

Ob in den nächsten Jahren bereits ein globaler Krieg entbrennt oder ob es heftigere, regionale Stellvertreterkriege mit direkter Beteiligung deutscher Soldaten sein werden – das lässt sich jetzt noch nicht vorhersehen. Nicht nur der Ton gegenüber Russland und China

wird schärfer. Teilweise führt das zu einer engeren Anlehnung an die USA – gleichzeitig beanspruchen die USA mit Grönland seit langem erstmalig wieder Kolonialgebiet eines europäischen Staates. Die Konflikte sind auch zwischen „Bündnispartnern“ vorprogrammiert – auch wenn es für das deutsche Kapital aktuell keine Alternative zum Bündnis mit den USA und der NATO gibt. In allen Fällen gilt: Die Voraussetzungen für militärische Eskalation werden politisch, materiell und personell geschaffen. Die Wehrpflicht ist ein zentraler Baustein dieser Vorbereitung.

Unsere Aufgaben

Der Personalmangel der Bundeswehr ist eine Achillesferse des deutschen Imperialismus.

Genau deshalb wird versucht ihn durch Zwang, ideologische Mobilisierung und rechtliche Verschärfungen zu überwinden. Dieser Punkt bietet zugleich einen Ansatz für wirksamen Widerstand. Jede Verweigerung, jede politische Aufklärung und jede Organisierung gegen Wehrpflicht und Militarisierung trifft einen empfindlichen Nerv der herrschenden Politik. Der Kampf gegen die Wehrpflicht ist damit kein Nebenkriegsschauplatz, sondern ein zentraler Beitrag zum Widerstand gegen Krieg und Imperialismus. Es gilt die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht mit allen Kräften zu unterstützen – und dabei deutlich zu machen, was die Hintergründe und Ursachen der Wehrpflicht sind und warum wir deshalb diese Kämpfe intensivieren müssen, statt auf eine andere Regierung zu setzen.



Die Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus – ein Klärungsversuch

von Leon Saurie

Das deutsche Erfolgsmodell der Nachkriegszeit scheint an sein Ende gelangt zu sein. In der Bildungszeitung der DKP „Der Militarismus der BRD“ ist richtigerweise von einer schweren strategischen Niederlage des deutschen Kapitals die Rede. Tatsächlich erleidet der deutsche Imperialismus Niederlagen an allen Fronten: Die Nutzung Russlands als Lieferant günstiger Energie ist Vergangenheit. Die politische Führung der USA, des wichtigsten Exportmarktes und Ziellandes deutscher Investitionen, zugleich militärische Führungsmacht der NATO, weist Deutschland in die Schranken. Die Zeiten

der Exportüberschüsse und der durch die USA militärisch garantierten Welthandelsordnung sollen nach dem Willen der US-Regierung bald vorbei sein.

Die deutsche Westbindung: ideologisch begründetes Vasallentum?

Das Festhalten der Bundesregierung an der „Westbindung“ sorgt in unserer Partei für Stirnrunzeln. Könnte Deutschland nicht aus dem Bündnis mit den USA gelöst werden und stärker auf Kooperation mit China setzen? Müsste dies nicht zumindest im Interesse relevanter

Teile des deutschen Monopolkapitals liegen, da China als größte Volkswirtschaft der Welt ein viel wichtigerer Handelspartner als die USA wäre? Solche Überlegungen finden sich in zentralen Materialien unserer Partei.^{1,2} Auch der aggressive Kurs gegenüber Russland gilt Einigen in der DKP als Hinweis darauf, die Bundesregierung sei ihrer Hauptaufgabe, den Interessen des deutschen Gesamtkapitals zu dienen, nicht gewachsen. Ihr Verhalten erscheint als Aneinanderreihung von Fehlentscheidungen und wird als irrational, teilweise sogar als Verrat und Ausverkauf des „nationalen Interesses“ zugunsten der Profitgier einiger besonders reaktionärer Rüstungskonzerne charakterisiert.^{3,4}

¹ Im Referat des Parteivorsitzenden auf dem Parteitag heißt es bspw.: *„etwas schwer zu durchschauen ist die Frage, warum bislang selbst die Teile des Kapitals, die ökonomisch tatsächlich Probleme mit den hohen Energiepreisen als Folge der Sanktions- und Pipeline-Sprengungspolitik haben, keinen Widerspruch formulieren.“* und etwas später: *„Trotzdem stellt das natürlich einen möglichen Riss in der derzeitigen Aggressions- und Kriegsstrategie der dominierenden Fraktion des Monopolkapitals dar. Auch, weil die vom US-Imperialismus gewünschte stärkere Aggression gegen China ökonomisch eine ganz andere Problematik für große Teile des Kapitals darstellt als die Aggression gegen Russland.“*

² Oder in der Broschüre zur Strategie des Friedenskampfes: *„Die Alternative zum Konfrontationskurs des deutschen Imperialismus und der NATO ist die Kooperation mit Russland und China. Eine solche Zusammenarbeit bietet auch Teilen des deutschen Kapitals eine Perspektive auf Realisierung ihrer Profite.“*

³ So etwa in der o.g. Broschüre: *„Deshalb bricht der deutsche Imperialismus zum Teil im Widerspruch zu eigenen Interessen mit bisherigen strategischen und ökonomischen Erwartungen aus Handelsbeziehungen mit China und Russland.“*

⁴ Oder in der Bildungszeitung zum Militarismus der BRD: *„Die nationalen Interessen werden den Sonderinteressen dieses Militär-Industrie-Komplexes, dieses Konglomerates aus Rüstungsmonopolen, Militärbürokratie, Thinktanks und Finanzinstitutionen untergeordnet.“*

Folgerichtig werden in der vermeintlich gegen die Interessen relevanter Teile des Monopolkapitals verstoßenden Politik mögliche „Bruchlinien“ und Bündnisoptionen für eine Wende der „Vernunft“ hin zu Kooperation mit China und Russland gesucht.⁵

Mit der ideologischen Prägung der Herrschenden begründete Erklärungsansätze für diese vermeintlichen Fehlritte sind in unserer Partei verbreitet: „Revanchismus“, „Ideologische Verblendung durch transatlantische Indoktrination“ und „Herrenmenschen-Attitüde gegenüber Chinesen und Russen“. ⁶ Solcherlei Erklärungen haben den Charme, recht gut ohne eine Auseinandersetzung mit den realen ökonomischen Gegebenheiten auszukommen. Ebenfalls häufiger zu lesen sind stärker an der materiellen Realität ausgerichtete Erklärungen durch „besonders reaktionäre Fraktionen des Monopolkapitals“, die dem deutschen Staat seine aggressive Politik ins Stammbuch diktieren würden.⁷ Hinweise, um welche besonders reaktionären Teile des Kapitals es sich dabei konkret handeln und inwiefern sie – im Gegensatz zum restlichen deutschen Kapital – ein Interesse an der aktuellen Politik haben sollen, sucht man vergeblich. Ohne solche Untersu-

⁵ In der o.g. Broschüre: *„Die Orientierung auf Kooperation mit Russland und China ist für alle diejenigen vernünftig, deren Interessen nicht auf das engste mit der aggressiven Kriegs-, Krisen- und Hochrüstungspolitik des Imperialismus verbunden sind.“*

⁶ Beispielhaft aus der o.g. Bildungszeitung: *„Völlig unrealistisch erscheint es, Beziehungen zu Russland (und China) konstruktiv zu gestalten, wenn mit von der Leyen und Merz Politiker am Ruder sind, die durch Herkunft und jahrzehntelange Prägung zur „atlantischen Solidarität“ mit den USA drängen.“* Und weiter: *„Gepflegt wird wieder die Tradition militärischer Großmachtambitionen, getragen vom Revanchismus, der Rache für den verlorenen 2. Weltkrieg.“*

⁷ Siehe hierzu insbesondere die Ausführungen zum Militärisch-Industriellen-Komplex in der o.g. Bildungszeitung.

chungen bleiben diese Analysen aber inhaltsleer.

Dabei ist die Politik von Merz und Co. auch ganz ohne Korrumptierung durch besonders reaktionäre Kriegsprofiteure oder ideologische Verblendung erklärbar.

Die deutsche Unterordnung unter die US-Führung ist nicht Ausdruck einer ideologischen Verblendung des politischen Führungspersonals. Sie ist vielmehr Ausdruck der Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft sich ein Zerwürfnis mit den USA schlicht nicht leisten kann. Die wirtschaftliche Verflechtung mit den USA zu lösen, kann nicht im Interesse einer rational handelnden Bundesregierung liegen.

Die deutsche Politik als hemdsärmeliger Pragmatismus

Es soll hier nicht die Tatsache geleugnet werden, dass die oben skizzierten ideologischen Präferenzen deutscher Spitzenpolitiker existieren. Ebenfalls nicht geleugnet werden sollen die peinlichen Verrenkungen des deutschen und EU-Führungspersonals bei den Versuchen, einen Rest von Würde zu bewahren, während sie von der US-Regierung durch die Manege geführt werden. Der entscheidende

Punkt ist aber: Das Handeln der Bundesregierung ist das Ergebnis politischer Abwägungen, die zwar auch anders hätten ausfallen können, die aber eben gerade nicht unter Absehung von den Klasseninteressen eines relevanten Teils des deutschen Großkapitals getroffen wurden. Im Gegenteil spricht vieles dafür, dass wir aktuell den, wenn auch oft stümperhaften, Versuch einer fortlaufenden Schadensbegrenzung erleben und nicht etwa die Opferung deutscher Kapitalinteressen auf dem Altar transatlantischer Ideologie.

Man muss zur Kenntnis nehmen, welche Optionen für die Bundesregierung faktisch auf dem Tisch liegen: Entweder fügt sie sich dem US-Kurs oder sie geht zur Konfrontation mit der America-First-Politik der Trump-Regierung über. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch zu glauben, relevante Teile des deutschen Kapitals hätten eigentlich ein ganz anderes Interesse als das Festhalten an der „Westbindung“. Solche Vorstellungen verkennen die herausragende Bedeutung der USA für das Funktionieren des deutschen Kapitalismus (diese Bedeutung geht natürlich weit über das reine ökonomische Gewicht der USA und die Verflechtung des deutschen mit dem US-Kapital hinaus, was aber nicht Gegenstand dieses Artikels ist). Die politische Führung Deutschlands wirkt angesichts dieser Situation außerstande, eine klare strategische Festlegung zu treffen. Stattdessen wird die Politik daran ausgerichtet, kurzfristig die Schäden für die deutsche Wirtschaft so gering wie möglich zu halten, was gleichbedeutend damit ist, jede Konfrontation mit den USA zu vermeiden.

Die USA sind der mit Abstand größte einzelne Exportmarkt für deutsche Waren (2024 entfielen 10,4 % des Exportvolumens auf die USA⁸) und mit 27 % des Gesamtbestands an

8

<https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilun>

deutschen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) das wichtigste Ziel strategischer Investitionen.⁹ Auch im Dienstleistungshandel sind die USA wichtigster Partner.¹⁰ Ähnlich deutlich ist die Bedeutung der USA für die EU: Der größte Teil des deutschen Warenhandels und der FDI findet zwar innerhalb der EU statt, doch die EU-Staaten insgesamt sind eng mit den USA verflochten.^{11 12 13} Die USA sind wichtigster Exportmarkt, US-Unternehmen wichtigste Investoren und wichtigstes Ziel für Investitionen von EU-Unternehmen. Diese Bedeutung erstreckt sich über alle zentralen Branchen und Industrien.

China hingegen ist für Deutschland und die EU-Staaten in erster Linie als das größte Herkunftsland von Warenimporten sowie als wichtiges (wenn auch weit hinter den USA abgeschlagenes) Ziel von Warenexporten bedeutend, während es im Hinblick auf die Gesamtbestände an FDI, sowohl als Ziel- als auch Ursprungsland, kaum ins Gewicht fällt.¹⁴ Importe aus China, etwa durch die Steigerung des Imports teurerer – und in vielen Fällen minder-

qualitativer – Produkte aus den USA zu substituieren, würde der deutschen Wirtschaft erheblichen, aber langfristig tragbaren Schaden zufügen. Die in unserer Partei gern ausgemalte Alternative, eine Aufgabe des Bündnisses mit den USA, würde für das deutsche Kapital und das der gesamten EU hingegen eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten.

Die deutsche Unterordnung unter die US-Führung ist nicht Ausdruck einer ideologischen Verblendung des politischen Führungspersonals. Sie ist vielmehr Ausdruck der Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft sich ein Zerwürfnis mit den USA schlicht nicht leisten kann. Die wirtschaftliche Verflechtung mit den USA zu lösen, kann nicht im Interesse einer rational handelnden Bundesregierung liegen. Mehr Autonomie ja, aber nur in dem Rahmen, in dem es die wirtschaftlichen Beziehungen nicht gefährdet. In Anbetracht der durch die US-Führung forcierten Zuspitzung der Konfrontation mit China, inkl. drohender Sekundärsanktionen, bedeutet das für das deutsche Kapital: Der Handel mit und Investitionen in / durch China wird absehbar zur Bedrohung für die US-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. So erklärt sich auch das angestrebte „De-Risking“ zur Verringerung der Angewiesenheit auf chinesische Importe.

Wohin geht die Reise?

Mittelfristig kämpft die deutsche Politik darum, Führungsmacht der EU zu bleiben und ein Auseinanderfallen der Union als Basis deutscher Weltwirtschaftsmacht zu verhindern. Diese Ziele enthalten zugleich ein Moment der Behauptung gegenüber den USA.

Unterhalb der Aufkündigung des Unterordnungsverhältnisses zur Führungsmacht USA gibt es Abstufungen. Konflikte mit den USA unterhalb des kompletten Bruchs wären und sind möglich. Gerade bei der Politik vis-a-vis der Uk-

gen/2025/02/PD25_063_51.html

⁹

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/810188/3742abca6ddaec6946effa977cc3300c/472B63F073F071307366337C94F8C870/aw3d2-1b-data.pdf>

¹⁰

<https://www.bundesbank.de/de/statistiken/aussenwirtschaft/zahlungsbilanz/dienstleistungsbilanz-nach-laendern-893820>

¹¹ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International_trade_in_goods

¹² https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International_trade_in_services

¹³ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20251105-1>

¹⁴ Siehe Fußnoten 11,12,13

raine/Russland sind Varianten möglich. Auch Merkel/Steinmeier haben das mit einer Taktik des Minsk-Kompromisses versucht. Auch unter den seit Trump veränderten Bedingungen, bei denen die US-Regierung eine Politik der selektiven Entspannung gegenüber Russland versucht, muss deutsche und EU-Politik nicht zwangsläufig die Scharfmacherrolle gegen Russland vertreten. Wirtschaftspolitisch muss Deutschland nicht unbedingt weiter die jetzige Deflations- und Austeritätspolitik vertreten. Stattdessen ist durchaus rational vorstellbar, den „Binnenmarkt“ der EU vorrangig zu entwickeln. Eine wesentliche Konfliktlinie mit den USA besteht schließlich in der rabiaten Exportorientierung und Exportförderung Deutschlands. In diesem Punkt den USA entgegenzukommen und Einfuhrhindernisse wie die Mehrwertsteuer zu senken, wäre durchaus möglich. Die Vorherrschaft der US-Internetkonzerne zu brechen ist eins der Vorhaben, die in der EU stets diskutiert werden und wo ein Konflikt mit den USA zwangsläufig, aber durchaus auch zu gewinnen wäre.

Darin liegt die Widersprüchlichkeit des Verhaltens und der Äußerungen deutscher Spitzenpolitiker: Der Anspruch, auf Augenhöhe mit „den Großen“ internationale Politik zu treiben, und die Rede davon, es dürfe keinen Frieden in der Ukraine ohne Beteiligung „der Europäer“ geben, stehen im krassen Gegensatz zur kurzfristig alternativlosen ängstlichen Unterordnung wie bei der Akzeptanz von US-Zöllen oder der faktischen Absage des EU-CELAC-Gipfels aus Angst vor einer Verärgerung Washingtons. Dennoch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die deutsche Politik mit Aufrüstung und De-Risking an den Voraussetzungen für eine „Korrektur“ ihrer Niederlage arbeitet und dabei auch Erfolge verzeichnet, besonders beim Ausbau militärischer Fähigkeiten. Die Strategie, über gemeinsame militärische Groß-

projekte vor allem auf Kosten anderer EU-Staaten eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, hat sich nicht bewährt; nun werden massiv eigene Geldmittel bereitgestellt und industrielle Kapazitäten aufgebaut. Deutschland ist dafür in einer guten Ausgangslage: Der industrielle Output liegt nach wie vor deutlich oberhalb des russischen Niveaus^{15 16} und wegen geringer Staatsverschuldung und Spitzenratings kann die Aufrüstung günstig kreditfinanziert werden. Beispielhaft steht der Aufstieg Rheinmetalls. Nach Jahrzehnten erfolgloser Versuche, sogenannte nationale bzw. europäische Champions aufzubauen, wurde der umsatztechnisch zuvor im unteren einstelligen Milliardenbereich rangierende Konzern innerhalb kurzer Zeit zu einem international relevanten Player aufgebaut. Schätzungen erwarten, dass der Jahresumsatz von Rheinmetall schon 2027 auf etwa 20 Mrd. € angewachsen sein wird¹⁷, genug, um es in die 10 größten Rüstungskonzerne der Welt zu schaffen. Die deutsche Politik ist bereit, ihren Führungsanspruch in der EU auch militärisch zu untermauern, und einiges deutet darauf hin, dass ihr dies auch gelingen wird.

Fazit

Die deutsche Politik ist Ausdruck des Imperialismus. Es gehört zu unseren Aufgaben, sie als solchen und nicht als Ausdruck individueller Schrullen ihrer Lenker zu analysieren. Kurzfristig schützt die deutsche Regierung ihre Wirtschaft, indem sie politische Verwerfungen

¹⁵

https://www.theglobaleconomy.com/rankings/manufacturing_value_added/

¹⁶

https://www.theglobaleconomy.com/rankings/industry_value_added/

¹⁷ <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/rheinmetall-aims-20-bln-euros-sales-2027-2024-11-19>

mit den USA vermeidet. Mittelfristig arbeitet sie an größerer strategischer Autonomie, vor allem durch militärische Aufrüstung und die Festigung ihres Führungsanspruchs in der EU. Ob sie damit Erfolg hat, bleibt abzuwarten. In

jedem Fall handelt es sich im Großen und Ganzen aber um eine rational erklärbare Machtpolitik und keinen durch ideologische Borniertheit zu erklärenden Dauer-Irrtum.



Abstumpfende Widersprüche?

Auf die BRICS hoffen heißt, auf einen Kapitalismus ohne Imperialismus zu hoffen

von Olaf Peters

Unsere Partei diskutiert über die Analyse des heutigen Imperialismus. Eine verbreitete Auffassung ist: Der Aufstieg Chinas und der BRICS bedeutet, dass der Imperialismus seine Hegemonie verliert. Die neue Multipolarität gibt Anlass zu Hoffnungen – sie führt zu einer Befreiung von neokolonialer Unterdrückung und eröffnet in imperialistischen Zentren wie Deutschland neue Optionen für fortschrittliche Entwicklungen. Dieser Beitrag geht zunächst kurz auf den Verlauf der Imperialismuskussion in der DKP ein. Anschließend kritisiert er diese Einschätzung, wie sie im Referat auf der 4. PV-Tagung¹ vertreten wird, an drei Punkten:

1. Es wird versucht, die dynamische Entwicklung des Imperialismus mit statischen Begriffen zu fassen.
2. Die Formel vom Hegemonieverlust läuft auf die Hoffnung hinaus, dass es heute

noch einen nicht-imperialistischen Kapitalismus geben könne.

3. Die auf dieser Grundlage entwickelte Überlegung einer „eurasischen Orientierung“/ „Regierung des Friedens“ legt nahe, zu hoffen, dass ein kapitalistisches Deutschland damit aufhören könne, imperialistisch zu sein.

Alte Kontroverse

In der Einschätzung des heutigen Imperialismus zeigen sich seit längerem Kontroversen in der DKP. Bis 2013 stand die Auseinandersetzung mit der damaligen Parteiführung im Mittelpunkt, unter anderem die Diskussion um ihre Auffassung vom „kollektiven Imperialismus“. Darunter verstand die damalige Parteiführung im Wesentlichen die „Triade“ USA-EU-Japan sowie die von diesen Kräften geschaffenen bzw. unterstützten zwischenstaatlichen Organisationen wie NATO oder IWF.

Bereits für den 21. Parteitag 2015 schlug die neue Parteiführung im Leitantrag folgende Ein-

¹ Patrik Köbele: Überlegungen zur aktuellen Analyse und zu Entwicklungen des Imperialismus, Referat auf der 4. PV-Tagung am 31.1./1.2. 2026, in: DKP Intern 1-26, S. 7-26.

schätzung vor: „Das weltpolitische Krisenszenario wird seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts durch den Gegensatz zwischen den Verfechtern einer imperialistischen, ‚unipolaren‘ Welt und den Vertretern einer ‚multipolaren‘ Welt geprägt.“² Diese Analyse ist bereits nah an den Formulierungen, die auch der 26. Parteitag im vergangenen Jahr diskutiert hat. Schon damals gab es daran Kritik in der Partei.³ Damals entschieden die Delegierten, die Formulierung zu ändern. Die Hoffnungen auf „Multipolarität“ und den Antiimperialismus der BRICS wurden aus den Anträgen herausgestrichen. Die Vorstellung, dass eine kooperative und friedliche multipolare Weltordnung in einer kapitalistisch geprägten Welt möglich sei, wurde also vom Parteitag nicht beschlossen. Allerdings ist die Kontroverse weder in der Vorbereitung noch auf dem Parteitag selbst gründlich ausgetragen worden.

In den folgenden Jahren hat sich die Debatte zur Entwicklung des heutigen Imperialismus vor allem an der Einschätzung Chinas festgemacht. Größere Teile der DKP haben sich immer stärker positiv auf die VR China und die Kommunistische Partei Chinas bezogen.

Die Debatte um China spitzte sich in Vorbereitung des 25. Parteitages 2023 zu. Der Parteivorstand hatte einen Antrag vorgelegt, der das heutige China als sozialistisch einschätzt und die Marktreformen in China begrüßt. Dementsprechend bezogen sich die kritischen Einwände vor allem darauf, was wir unter Sozialismus verstehen: Wenn China heute sozialistisch sein soll, wenn es so etwas wie eine sozialistische Marktwirtschaft geben soll – was bedeutet das

für unsere Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft und für unser Kampf um den Sozialismus hier?

Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus. Seine Hegemonie besteht nicht primär in der außenpolitischen Dominanz eines bestimmten Blocks, sondern in der weltweiten Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf dem erreichten Stand der Produktivkräfte.

Den China-Antrag beschloss der Parteitag nicht als verbindliche Analyse der Partei, sondern als „Zwischenstand der Diskussion“. Fortgesetzt wurde die Diskussion auf einer theoretischen Konferenz im November 2023. Dort zeigte sich, wie tief die Differenzen in der Partei in dieser Frage reichen. Inhaltlich hätte diese Konferenz ein Startpunkt für eine ernsthafte Diskussion sein können. Tatsächlich hat die Parteiführung die Konferenz so behandelt, als sei die Diskussion damit abgeschlossen. Die ursprünglich angekündigte Befassung mit unserem Sozialismusverständnis blieb aus.

Der Verlauf der Diskussion in den vergangenen Jahren zeigt: Die Kontroversen um China, um unsere Analyse der sozialistischen Gesellschaft und die Analyse des Imperialismus hängen eng zusammen.

² DKP-Informationen 5/2014, S. 13.

³ Z.B.: Diskussionsbeitrag der DKP Frankfurt-Mitte zu dieser Einschätzung: UZ v. 2.10.2015, <https://www.unsere-zeit.de/besser-viele-grossmaechte-zur-vorstellung-einer-multipolaren-weltordnung-41582/> (Zugriff: 3.5.25).

Starre Begriffe

Das Referat der 4. PV-Tagung kann dabei helfen, jetzt diese alte Diskussion auf eine neue Stufe zu heben. In den vergangenen Jahren war die Debatte oft vor allem an den kurzen Absätzen in den Parteitage dokumenten geführt worden. Die Erläuterungen im Referat zu diesen Fragen bieten die Gelegenheit, genauer auf die Entwicklung unserer Begriffe zu schauen.

Das Referat betont an mehreren Stellen zu recht, wie dynamisch sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Großmächten entwickeln und wie labil dementsprechend ihre Bündnisse sind.⁴ Damit knüpft es an Lenin an, der gezeigt hatte, dass die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der verschiedenen imperialistischen Mächte unvermeidlich ist und dementsprechend die Kräfteverhältnisse beweglich und die Bündnisse labil sind. Nur: In den Kategorien, die im Referat vorgestellt werden, spiegelt sich diese Dynamik nicht wider – die Begriffe bilden die Verschiebungen im imperialistischen Weltsystem nicht ab.

Besonders deutlich wird das bei der Einteilung der verschiedenen Länder u.a. in die Kategorien „Räuber“, „Bündniskräfte der Räuber“ und „Halbkolonien“ oder „echte Kolonien“.⁵ Darüber hinaus werden verschiedene Länder mit Sonderrollen, Länder mit antiimperialistischen Entwicklungsweg und Länder des sozialistischen Aufbaus genannt.⁶ Gegen den Versuch einer Einteilung als solches ist nichts einzuwenden.⁷ Doch diese Begriffe suggerieren

klare, voneinander abgegrenzte Gruppen. Tatsächlich aber ist das imperialistische Weltsystem durch eine abgestufte Hierarchie und permanente Verschiebungen geprägt.

Im Referat wird eingeschätzt, dass die imperialistischen „Räuber“ heute nur die G7-Staaten seien.⁸ So entsteht der Eindruck, als ließe sich der Imperialismus im Wesentlichen auf diese sieben Staaten reduzieren. Doch was ist mit Ländern wie der Schweiz, den Niederlanden, Belgien oder Israel? Sie verfügen über hochentwickelte Monopolstrukturen, nehmen am Kampf um die Aufteilung der Welt teil. Sie sind in die Ausbeutungsstrukturen des Weltmarkts tief eingebunden und profitieren von ihnen – ohne formell zu den G7 zu gehören.

Noch unschärfer ist die Kategorie der „Bündniskräfte“ der Räuber“. Zwar wird benannt, dass diese Staaten eigene Interessen verfolgen und teilweise selbst aufsteigen wollen. Doch der Begriff „Bündniskräfte“ legt eine weitgehende politische Übereinstimmung nahe und verdeckt die realen Konkurrenzverhältnisse. Gerade im imperialistischen Stadium sind Bündnisse immer funktional, zeitweilig und durch Widersprüche durchzogen. Staaten kooperieren und konkurrieren zugleich. Sie können profitieren und zugleich in Abhängigkeitsverhältnissen stehen. Eine bloße Zuordnung zu einem Lager erfasst diese Dialektik nicht.

Hinzu kommt: Wenn „Verbündete“ ebenfalls von neokolonialer Ausbeutung profitieren und

konkret untersucht werden.

⁸ „Als Räuber im Leninschen Sinne können heute die G7-Staaten bezeichnet werden: die USA, Britanien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und Kanada. Die EU als relativ eigenständiges imperialistisches Konstrukt hat bei den G7 den Status eines Beobachters inne.“ Köbele: Überlegungen, S. 20.

⁹ Teilweise wird im Referat auch der Begriff „Verbündete“ als Synonym genutzt.

⁴ U.a. Referat der 4- PV-Tagung, Köbele: Überlegungen, S. S. 13.

⁵ Köbele: Überlegungen, S. 20-21.

⁶ Köbele: Überlegungen, S. 21.

⁷ Lenin unterschied richtigerweise zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen. Auch hier sind Zwischenstufen und Übergänge möglich und müssen jeweils in ihrer Entwicklung historisch

Kapital exportieren, dann handelt es sich nicht um qualitativ verschiedene Akteure, sondern um Glieder einer abgestuften Machthierarchie. Ihre Unterschiede sind real – ökonomische Stärke, militärische Durchsetzungskraft, politische Macht – aber die gesonderte Kategorie wirkt eher statisch-absolut, sie fasst die Abstufungen nicht, gleichzeitig wirft sie Fragen auf: Könnten die „Verbündeten“ sich auch nicht an der Unterdrückung und Ausplünderung der Welt beteiligen?

Hegemonieverlust

Erneut ist im Referat vom „Hegemonieverlust des Imperialismus“¹⁰ die Rede. Gemeint ist damit offensichtlich die Erosion der unangefochtenen Führungsrolle der USA und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den großen kapitalistischen Mächten. Dass diese Verschiebungen stattfinden, steht außer Frage.

Doch das ist kein Hegemonieverlust *des Imperialismus*. Es ist eine Veränderung innerhalb des imperialistischen Weltsystems. Wenn die Führungsrolle einer imperialistischen Macht geschwächt wird, bedeutet das nicht, dass die Herrschaft des Imperialismus insgesamt zurückgeht.

Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus. Seine Hegemonie besteht nicht primär in der außenpolitischen Dominanz eines bestimmten Blocks, sondern in der weltweiten Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf dem erreichten Stand der Produktivkräfte. Ein wirklicher Hegemonieverlust des Imperialismus würde darin bestehen, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse zurückgedrängt und sozialistische Verhältnisse durchgesetzt werden – also dass die Grundlage imperialistischer Herrschaft selbst untergraben wird.

Wenn dann bereits die stärkere Kooperation zwischen Deutschland und BRICS-Staaten als Ausbruch aus der „Hegemonie des Imperialismus“ erscheint, dann entsteht die Hoffnung, ein kapitalistisches Land könne durch eine andere außenpolitische Orientierung aufhören, imperialistisch zu sein.

Fazit

Gerade im Zusammenspiel der beiden Argumentationslinien – dem behaupteten „Hegemonieverlust des Imperialismus“ und der daraus abgeleiteten Möglichkeit neuer außenpolitischer Orientierungen – wird das eigentliche Problem deutlich. Wenn unterstellt wird, Deutschland könne sich im Zuge veränderter Kräfteverhältnisse andere Kooperationspartner suchen und dadurch zu einer friedlicheren, kooperativeren Außenpolitik gelangen, dann wird faktisch die Außenpolitik zum entscheidenden Kriterium für die Bestimmung des Imperialismus erhoben.

Dann wären nicht mehr die Produktionsverhältnisse, nicht mehr die Herrschaft des Monopol- und Finanzkapitals bestimmend, sondern die Frage, mit wem ein Staat Bündnisse eingeht. Doch ein imperialistischer Staat handelt außenpolitisch nicht freischwebend. Solange in Deutschland das Finanzkapital strukturbestimmend ist, solange Kapitalexport, Konkurrenz um Märkte und Einflussphären reale Notwendigkeiten darstellen, wird auch die Außenpolitik diesen Interessen folgen. Die Vorstellung, ein Staat im monopolistischen Stadium des Kapitalismus könne seine Außenpolitik grundlegend ändern, ohne seine ökonomische Grundlage zu verändern, ist eine Illusion.

Hinzu kommt: Durch die starre Einteilung in „Räuber“, „Verbündete“ und andere Kategorien wird gerade bei den sogenannten Verbündeten der Eindruck erweckt, sie könnten sich durch einen freien politischen Willensent-

¹⁰ Köbele: Überlegungen, S. 7, 8, 18, 23 und 25.

schluss aus diesem Bündnis lösen und damit ihren Charakter verändern. Wenn Imperialismus jedoch als System von Produktionsverhältnissen verstanden wird, dann ist ein solcher „Ausstieg“ keine Frage politischer Willensbildung, sondern nur im Rahmen tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen denkbar. Wird das ökonomische Fundament ausgeblendet, erscheint Imperialismus als eine Art außenpolitischer Option – und nicht als Ausdruck eines bestimmten Entwicklungsstadiums des Kapitalismus.

Zugleich wird der Imperialismus faktisch auf die USA beziehungsweise die G7 verengt. Alles, was außerhalb dieses Blocks steht, erscheint als außerhalb des Imperialismus selbst stehend. Erst auf dieser Grundlage macht das Bild Sinn, es gebe Staaten, die sich „zwischen“ Lagern entscheiden könnten und dadurch ihre systemische Stellung verändern. Hier liegt ein theoretischer Fehler: Imperialismus ist kein

Klub bestimmter Staaten und auch nicht identisch mit Institutionen wie IWF, Weltbank oder NATO. Er ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus insgesamt.

In dieser Hinsicht gibt es in der gegenwärtigen Argumentation Parallelen zum früheren Verständnis von vor 2013, das ‚Imperialismus‘ ebenfalls als Bündnis bestimmter Staaten und Institutionen missdeutete. Wird ‚Imperialismus‘ so gefasst, dann erscheint eine andere außenpolitische Orientierung bereits als Schritt aus ihm heraus. Wird er dagegen als Produktionsverhältnis begriffen, dann ist klar: Ohne Bruch mit der Herrschaft des Monopolkapitals gibt es keinen Ausweg aus dem Imperialismus – weder für Deutschland noch für irgendeinen anderen kapitalistischen Staat. So hatte Lenin den Begriff Imperialismus geprägt – als letztes Stadium des Kapitalismus, als Vorabend der sozialistischen Revolution.



Kein Entrinnen?

Ein verzerrtes Bild nationaler Befreiungsbewegungen

von Olaf Peters

Erleben wir gegenwärtig, dass sich die vom Imperialismus unterdrückten Völker befreien? So hat es der Parteivorstand vor dem 26. Parteitag eingeschätzt.¹ Zur umfassenden Beantwortung der Frage gehört auch, die strategischen Perspektiven und die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen zu untersu-

chen. Dazu hat Patrik sich am 31. Januar dieses Jahres in seinem Referat auf der PV-Tagung knapp geäußert.² Seine Einschätzungen zeigen, dass unsere Partei ihre Analyse schärfen muss – und, wie gründlich die Hoffnung auf

¹ Leitgedanke 1, Antrag zur Handlungsorientierung Z. 322f.

² Patrik Köbele: Überlegungen zur aktuellen Analyse und zu Entwicklungen des Imperialismus, Referat auf der 4. PV-Tagung am 31.1./1.2. 2026, in: DKP Intern 1-26, S. 7-26, hier: S. 15f.

das angeblich sozialistische China den Blick auf die historischen Erfahrungen verzerren kann.

Falsche Analyse

Das Referat beschreibt verschiedene Phasen des Kampfes gegen den Kolonialismus. Als erste Phase: „Im Zuge der Unabhängigkeit der USA von Britannien kam es dann zur Unabhängigkeit der sich herausbildenden Nationalstaaten Südamerikas“³ Die zweite Phase habe nach dem zweiten Weltkrieg begonnen, die „dritte Phase begann mit der Nelkenrevolution in Portugal“.⁴ Die Beschreibung aller drei Phasen offenbart ein (historisch falsches) Verständnis von nationalen Befreiungsbewegungen, das die Rolle dieser Bewegungen abwertet.

Diese Erfahrungen legen nahe, keine großen Hoffnungen in die positiven Auswirkungen des chinesischen Kapitalexports zu setzen. Und umgekehrt: Die Diskussion in der DKP zeigt, wie die Hoffnung auf China unseren Blick auf die historischen Erfahrungen verstellen kann.

In der Beschreibung der ersten Phase erscheinen die Unabhängigkeitskriege unter der Führung Simón Bolívars und die Klassenkämpfe in den von Spanien und Portugal beherrschten Gesellschaften Südamerikas als Anhängsel

der Revolution in den ehemaligen britischen Kolonien Nordamerikas.

Was im Referat nicht vorkommt: Die gewaltige Bedeutung der Oktoberrevolution für die nationale Befreiungsbewegung. Mit der Oktoberrevolution begann eine neue Phase der antikolonialen Bewegung, in der, orientiert am sowjetischen Weg, proletarische Kräfte eine eigenständige und teilweise führende Rolle in den antikolonialen Bewegungen einnahmen. Für die antikolonialen Befreiungsbewegungen nach 1945 war dann die chinesische Revolution von 1949 von kaum zu überschätzender Bedeutung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit hatte ein kolonial und halbkolonial unterdrücktes Volk sich befreit und begonnen, den Sozialismus aufzubauen. Auch das bleibt im PV-Referat unerwähnt.

In der Formulierung zur dritten Phase entsteht der Eindruck, im Wesentlichen hätte die Nelkenrevolution einen Impuls für die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien gegeben. Der indische Marxist Vijay Prashad macht klar: „Die Nelkenrevolution in Portugal konnte nur stattfinden, weil es die nationalen Befreiungskämpfe in Kap Verde, Mosambik und Angola gab, [... d]ie faschistische Salazar-Diktatur konnte nur dank der Opfer gestürzt werden, die die Völker dieser Länder erbrachten.“⁵

Die Kämpfe der Befreiungsbewegungen trugen dazu bei, dass sich die Widersprüche auch in der portugiesischen Gesellschaft zuspitzten, bis sie sich in der Revolution entluden. Der Kampf der unterdrückten Völker war ein entscheidender Impuls für den Kampf im imperialistischen Zentrum.

³ Köbele: Überlegungen, S. 15.

⁴ Köbele: Überlegungen, S. 15f, Herv. d. Verf.

⁵ V. Prashad in: Melodie & Rhythmus 1/2022, S. 56-57.

Falsche Schlussfolgerungen

Bis zu diesem Punkt könnte man sagen: Es handelt sich um ungenaue Formulierungen, wir müssen die Erfahrungen der Befreiungsbewegungen gründlicher und konkreter studieren. Im Folgenden kommt das Referat jedoch zu bemerkenswerten Schlussfolgerungen: Die Länder, die sich in der ersten und zweiten Phase – also bis Anfang der 1970er Jahre – vom Kolonialismus befreien, seien „im Wesentlichen aus der kolonialen Unterdrückung direkt in die neokoloniale Ausbeutung / Unterdrückung“ gegangen.⁶ Dazu habe es keine Alternative gegeben: „Sie hatten keine Möglichkeit, dem zu entrinnen, da die koloniale Phase sie daran gehindert hatte, eine eigene ökonomische Stärke und Basis zu entwickeln.“⁷

Was ist mit der chinesischen Revolution? Was ist mit Korea, Kuba, Vietnam? Das Referat ignoriert gerade die wichtigsten Erfahrungen nationaler Befreiungsbewegungen. Es ist genau diesen Staaten gelungen, der neokolonialen Ausbeutung und Unterdrückung zu entgehen – nicht allein, weil sie die vorhandenen Produktionsmittel enteigneten, sondern weil sie auf dieser Grundlage durch zentrale, gesellschaftliche Planung gezielt eine neue industrielle Basis aufbauten und ihre Volkswirtschaft auf sozialistischer Basis transformierten. Entscheidend war nicht nur die Überführung bestehenden Eigentums in gesellschaftliche Hand, sondern der bewusste, planwirtschaftlich gesteuerte Aufbau eigenständiger Produktionskapazitäten. Dieser ermöglichte eine relative Unabhängigkeit von den ausbeuterischen Strukturen des Weltmarkts. Dass es den kommunistischen Kräften in den Befreiungsbewegungen gelang, eine Strategie mit sozialistischer Perspektive durchzusetzen, war die Vor-

aussetzung dafür, nicht unmittelbar in neokoloniale Abhängigkeit zu geraten. Es wird deutlich: Sozialistischer und antikolonialer Kampf hängen eng zusammen.

Die Behauptung des PV-Referats, dass es aus der vom Kolonialismus erzeugten Unterentwicklung kein Entrinnen gegeben habe, hat wenig mit der historischen Entwicklung zu tun. Dafür passt sie zu der Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft, die Patrik in seinem Referat zum Sozialismus vor knapp fünf Jahren entwickelt hat. Dort argumentiert er, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht durch „Kampagnen“ zu erreichen sei, sondern durch die Einführung von Marktmechanismen und die Zulassung kapitalistischen Eigentums.⁸ Tatsächlich haben gesellschaftliches Eigentum und Planung, die umfassende Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse, sowohl in der Sowjetunion als auch in China nach der Revolution die stärkste Entwicklung der Produktivkräfte hervorgebracht.

Das Imperialismus-Referat dagegen warnt vor Strategien, die annehmen, „dass der Kampf gegen den Imperialismus nicht unabhängig vom Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden könne“.⁹ Wenn wir von dieser Annahme ausgehen, ist es konsequent, die historischen Erfahrungen z.B. Chinas zu ignorieren – schließlich widersprechen sie ihr. Natürlich waren die neudemokratische Revolution in China oder die kubanische Revolution nicht unmittelbar sozialistische Revolutionen. Aber die Widersprüche dieser Gesellschaften, die Dynamik der Revolution selbst drängte in sehr kurzer Zeit, auf jeweils besondere Weise, zur sozialistischen Umgestaltung. Auf kapitalisti-

⁶ Köbele: Überlegungen, S. 16.

⁷ Köbele: Überlegungen, S. 16.

⁸ Patrik Köbele: Herausforderungen und Probleme beim Aufbau des Sozialismus. Referat auf der PV-Tagung am 19./20. Juni 2021, in: DKP Intern 3/2021, S. 3–20, hier: S. 11.

⁹ Köbele: Überlegungen, S. 14.

schem Weg war eine unabhängige, souveräne Entwicklung dieser Länder nicht möglich – auch darin drückt sich der Charakter unserer Epoche aus. Die nationale Befreiungsbewegung ist eine der revolutionären Hauptströmungen unserer Zeit. Der Kampf nationaler Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus ist nicht identisch mit dem Kampf für die sofortige und vollständige Überwindung kapitalistischer Verhältnisse, die richtige Strategie hängt von den Klassenverhältnissen des jeweiligen Landes ab. Aber der Kampf gegen den Imperialismus ist sicher nicht „unabhängig“ vom Kampf für den Sozialismus. Genau diesen Eindruck erweckt das Referat jedoch – mit einer allgemeinen und abstrakten Formulierung, ohne die historischen Erfahrungen zu berücksichtigen.

Falsche Hoffnung

Natürlich hat Patrik Recht, dass der Großteil der Völker, die sich vom Kolonialismus befreit hatten, später auf andere Weise vom Imperialismus unterdrückt wurden. Die genannten Beispiele zeigen allerdings, dass das nicht in jedem Fall unvermeidlich war. Das Referat sieht das anders: Es habe „keine Möglichkeit [gegeben], dem zu entrinnen“, weil die Kolonialherrschaft die Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaft verhindert habe.¹⁰ Richtig daran ist, dass die Unterdrückung dieser Länder Unterentwicklung und koloniale Deformation bedeutet hat. Falsch ist, dass es „keine Möglichkeit, dem zu entrinnen“ gegeben hätte. Der Weg des Entrinnens lag eben im Aufbau des Sozialismus, darin, auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln planmäßig die Produktivkräfte zu entwickeln. Das Referat übersieht gerade die

größten Errungenschaften z.B. der chinesischen Revolution.¹¹

Die Annahme, dass heute ein Prozess der antikolonialen Befreiung im Gange ist, hat ihren Grund in den Hoffnungen in das angeblich sozialistische China. Das Bild ist: China als Handelspartner und Investor sorgt dafür, dass bisher unterdrückte Länder ihre Wirtschaft unabhängig entwickeln können.¹² Aber die chinesische Wirtschaft funktioniert im Inneren wie nach außen nach den Gesetzen der Marktwirtschaft, das heißt: des Kapitalismus.¹³ Die historischen Erfahrungen der nationalen Befreiungsbewegungen zeigen: Eine souveräne Entwicklung jenseits neokolonialer Unterdrückung kann letzten Endes nur eine sozialistische Entwicklung sein. Diese Erfahrungen legen nahe, keine großen Hoffnungen in die positiven Auswirkungen des chinesischen Kapitalexports zu setzen. Und umgekehrt: Die Diskussion in der DKP zeigt, wie die Hoffnung auf China unseren Blick auf die historischen Erfahrungen verstellen kann.



¹⁰ Köbele: Überlegungen, S. 16.

¹¹ Dieselbe Schwäche hatte auch der China-Antrag an den 25. Parteitag.

<https://www.unsere-zeit.de/diskussionsbeitrag-von-27-genossinnen-und-genossen-4775380/>

¹² Bspw. Uwe Behrens „Ein Anti-Koloniales Projekt“ UZ 07.03.2025 <https://www.unsere-zeit.de/ein-antikoloniales-projekt-4801017/>

¹³ Vgl. den Beitrag „Chinas Kapitalexport“ in diesem Heft.

Win-Win-Ansatz und Global Governance

Wie und warum das große China die liberale Weltordnung verteidigt

von Lucas Zeise

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, dem Treffen der Reichen und Mächtigen, tritt im Januar 2017 Chinas Staatspräsident Xi Jinping als vehementer Verteidiger der Globalisierung auf. Kurz vor der Einführung des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump in seine (erste) Amtszeit warnt Xi Jinping vor Trumps Politik des „America First“ und vor den Folgen des Protektionismus und den daraus resultierenden Handelskriegen. Sein Bekenntnis zur Globalisierung verbindet der chinesische Staatspräsident mit der Ankündigung weiterer außenwirtschaftlicher Liberalisierungsschritte und der Zusicherung, dass Chinas Türen für ausländische Unternehmen geöffnet bleiben. Xi Jinpings Davos-Rede wurde, wie die Bundeszentrale für politische Bildung formuliert, international mit großem Interesse aufgenommen und als Signal für Chinas neue Führungsrolle in globalen „Governance-Fragen“ interpretiert. Governance ist ein Begriff aus der Hochzeit des Neoliberalismus, den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, der so etwas wie marktkonformes Regieren bedeuten soll.

Verglichen mit dem, was Donald Trump zu Beginn seiner zweiten Amtszeit 2025 veranstaltet hat, wirken die Maßnahmen der ersten Herrschaftsperiode geradezu mäßig. Das war 2025 alles viel krasser. Im April veröffentlichte Trump eine Liste aller Länder und Territorien des Globus, der zu entnehmen war, wie hoch der Import„straft“zoll aus jedem einzelnen in die USA künftig sein solle. Danach reduzierte er nach Drohungen und Verhandlungen mit

einzelnen Ländern und Staatengruppen die Zollsätze wieder. Die erhöhten und höchst unterschiedlichen Importzölle von geschätzt nun etwas über 14 Prozent des gesamten Einfuhrwertes haben mittlerweile einen nennenswerten Beitrag (etwa 150 Mrd. Dollar) zu den Einnahmen des US-Bundesstaates erbracht. Der Hauptgegner China hat nach eigenen Angaben im Jahr 2025 einen Rückgang der Exporte in die USA um 20 Prozent erlitten. Zugleich sind die Exporte Chinas in die EU um 8,4 Prozent und die in die südostasiatischen ASEAN-Länder um 13,4 Prozent gestiegen. Die Gegenmaßnahmen Chinas haben die Einfuhr des Landes 2025 stagnieren und so den Überschuss im Außenhandel noch einmal massiv auf den Rekordwert von 1,2 Billionen Dollar anschwellen lassen.

Zollpolitik des 19. Jahrhunderts

Die US-Regierung hat sich mit ihrer radikalen und erratisch vorgetragenen Zollpolitik von den Vereinbarungen der Welthandelsorganisation WTO verabschiedet. Sie bricht mit dem aktuellen Welthandels- und Finanzsystem, das sich unter Führung der USA und zu deren Vorteil in den letzten hundert Jahren herausgebildet hat. In der ersten Regierungszeit Trumps waren diese Versuche noch zaghaft. Sie werden jetzt mit größerer Entschiedenheit und Unterstützung erheblicher Teile des US-Kapitals vorgetragen. Das Mittel der Wahl ist die Zollpolitik, mit deren Hilfe die USA zur größten kapitalistischen Nation wurden.

Zölle spielten bei der Herausbildung kapitalistischer Nationen überhaupt eine große Rolle. Für die Exekutive der Staaten – fast überall im 18. Jahrhundert noch monarchistische Regimes – waren Zölle die wichtigste Einnahmequelle. Sie dienten im 19. Jahrhundert dem Schutz des sich herausbildenden Industriekapitals. Das gilt insbesondere auch für Deutschland, wo die gemeinsamen Zölle Preußens und der kleineren Fürstentümer gegen die Importe aus der noch führenden Industrieweltmacht Britanniens die Voraussetzung für die kapitalistische Herausbildung des deutschen Reiches schufen. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika bildeten sich in der Auseinandersetzung mit dem Mutterland, der britischen Krone, um die Zuständigkeit der Zölle mit heraus. Nach dem Bürgerkrieg (1861 – 1865) und dem Sieg der Industriepartei gegenüber den großen Landbesitzern und Sklavenhaltern begann die Hochzeit der Importzölle auf Industriewaren. Die USA wurden, ähnlich wie Deutschland, zur kapitalistischen Nation unter dem Schutz eigenständig festgelegter Importzölle.

Wie es sich für die bei weitem stärkste Industrienation gehört, haben sich alle US-Regierungen seit dem 2. Weltkrieg für den „freien Welthandel“ stark und den Zugang zum größten Absatzmarkt der Welt zu ihrem Markenzeichen gemacht. Gegenseitig wurden zwischen kapitalistischen entwickelten Ländern Zölle und andere Handelshindernisse – keineswegs konfliktfrei – abgebaut. Die tatsächliche Belastung durch Importzölle ging bis zur Jahrtausendwende tatsächlich auf nur noch 3 bis 4 Prozent des Einfuhrwertes zurück. Wie die Europäer setzten auch die USA Importzölle nur noch gelegentlich und selektiv zum Schutz der eigenen Agrarindustrie gegen Rohstoffe exportierende Entwicklungsländer ein. Die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Konkur-

renz in Europa und Japan wurde statt dessen über das Währungsgefüge ausgetragen.

Um zu verstehen, warum Ungleichgewichte im Außenhandel verschiedener Volkswirtschaften dauerhaft werden können und eben gerade nicht zum Ausgleich kommen, ist ein Rückgriff auf einige Bemerkungen Lenins in seiner Schrift zum „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von 1917 hilfreich.

Ideologisch stützen sich die Befürworter des „freien Welthandels“, also die entschiedenen Gegner des Protektionismus und Merkantilismus auf zwei ziemlich einleuchtende Argumente. Das erste ist grundsätzlich. Sein berühmtester Vertreter ist Adam Smith (1723-1790). Es läuft auf die Vorteile der Arbeitsteilung heraus. So wie sich im Kleinen der Schuster auf die Herstellung von Schuhen konzentriert und der Schmied auf die von Hufeisen, eisernen Werkzeugen und Waffen, beide damit größeres Geschick entwickeln und bessere Produkte mit weniger Aufwand produzieren, so sollen Nationen sich auf die Produktion dessen konzentrieren, was in ihrem Land besonders günstig herzustellen ist, und alle anderen Güter, die sie brauchen, aus anderen Ländern einführen. Das zweite ist empirisch: Länder, die starken Außenhandel betrieben haben, haben meist auch einen starken ökonomischen

Aufschwung erlebt. Und historische Perioden hohen Wirtschaftswachstums gehen im Regelfall mit noch höheren Wachstumsraten des Außenhandels einher. Offen bleibt die Frage, ob munterer Außenhandel die Kapitalakkumulation befördert oder ob hohe Kapitalakkumulation rasch steigenden Export verursacht. Marxisten würden sagen, eine der Bedingungen für lebhafte Kapitalakkumulation ist die Möglichkeit, sich neue Absatzmärkte im Ausland erschließen zu können.

Allerdings gibt es auch so genannte Budgetrestriktionen. Importe müssen bezahlt werden. Nicht jedes Land ist in der Lage, so viele Waren zu exportieren, dass es ausreicht, sich die benötigten Einfuhren auch leisten zu können. Empirisch ist festzustellen, dass das durch keine Zölle oder Kontingente behinderte Regime des freien internationalen Warenhandels nicht zu mehr Gleichheit zwischen den Nationen führt. Vielmehr entstehen dauerhafte Defizite und Überschüsse im Warenhandel. Kredite verschärfen die Lage. Zum Handelsdefizit tritt strukturelle Überschuldung.

Um zu verstehen, warum Ungleichgewichte im Außenhandel verschiedener Volkswirtschaften dauerhaft werden können und eben gerade nicht zum Ausgleich kommen, ist ein Rückgriff auf einige Bemerkungen Lenins in seiner Schrift zum „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von 1917 hilfreich. Zu den grundlegenden Merkmalen des Imperialismus (= Monopolkapitalismus) zählt Lenin, „3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besondere Bedeutung“. Der von Lenin als bedeutender werdendes Einzelphänomen genannte Kapitalexport ist im heutigen Imperialismus zum Normalzustand geworden. Dem vor 110 Jahren aus Sicht der am weitesten entwickelten Volkswirtschaften richtig benannten Export von Kapital steht heute ein ebenso umfangreicher Kapitalimport

der führenden kapitalistischen Volkswirtschaften gegenüber. Der Zahlungsverkehr zwischen den Nationen dient nicht mehr in erster Linie dem Ausgleich des Warenverkehrs. Entsprechend sind die Umsätze im Devisenhandel nur noch zum geringeren Teil davon motiviert, sondern davon, ob kurz- oder langfristige Profitvorteile winken. Aus dem Kapitalexport zu Lenins Zeiten ist der internationale Kapitalverkehr geworden, dessen Freiheit wiederum das primäre und weitgehend durchgesetzte Ziel des Neoliberalismus ist und als wirtschaftspolitisches Gebetbuch der „internationalen Staatengemeinschaft“, speziell der EU gilt. Die USA sind seit Jahrzehnten führend sowohl beim Import als auch beim Export von Kapital. Bemerkenswert ist, dass das Land ebenfalls seit Jahrzehnten netto Importeur von Kapital ist und seine Finanzkapitale (respektvoll-abfällig als 'Wall Street' bezeichnet) dennoch netto eine Extraprofitrate aus den Finanzbeziehungen mit der übrigen Welt erzielen.

In einem vereinfachten Weltmodell der internationalen Handels- und Kapitalbewegungen haben wir es also mit Warenströmen zu tun, die von den Überschussländern wie Deutschland, China und Japan in die USA laufen und von den USA mit Dollargeld bezahlt werden. Die USA ihrerseits erhöhen ihre Verschuldung. Unternehmen, Verbraucher und Staat nehmen von Jahr zu Jahr mehr Kredite auf, als sie zurückzahlen. Der größte Teil dieser Kredite wird, ähnlich wie überall in der Welt, von US-Gläubigern gewährt. Der Rest kommt als Kapitalzufuhr (in Form eines Einfuhrkredits, des Kaufs von Staatsanleihen, von US-Aktien, US-Immobilien oder US-Unternehmen oder – wie im Anlauf auf die Finanzkrise 2007 - von US-Banken gebündelten Hypotheken auf Häuschen von Arbeitern und Kleinbürgern) aus dem Ausland. Die Kapitalzufuhr deckt also nicht nur einmalig, sondern jedes Jahr aufs

Neue das Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz der USA und ermöglicht es dem Rest der Welt, seine Überproduktion abzusetzen. Die USA sind letztlich das Land, wo sich Käufer finden, die sich die produzierten Waren auch leisten können. Die USA sind kreditwürdig, obwohl sie seit Jahrzehnten mehr konsumieren als selber produzieren. Sie waren und sind immer noch „der Konsument letzter Instanz“. Tatsächlich bieten die USA, wie es heißt, den „tiefsten“ und umfassendsten Finanzmarkt. Der Dollar ist Weltwährung und ist auch deshalb und trotz der enormen Handelsdefizite ähnlich teuer wie der Euro.

Der aufgeblähte Finanzsektor

Das Erstaunliche daran ist, dass die USA diese enormen Importsummen scheinbar problemlos finanzieren können. Das „Geheimnis“ besteht in der seit den 80er Jahren forcierten, aber durchaus folgerichtig aus dem monopolistischen Finanzkapital gewachsenen neoliberalen Aufblähung des Finanzsektors, an der alle kapitalistischen Volkswirtschaften Anteil hatten, in deren Zentrum aber das US-Finanzkapital steht. Was heißt Aufblähung des Finanzsektors? Es ist erstens Auswuchs einer dauerhaften Spekulation auf höhere Preise von Waren und Eigentumstiteln. Es ist zweitens eine höhere und wachsender Verschuldung nicht nur der Kapitalisten, sondern auch des Staates, der arbeitenden Bevölkerung und der Konsumenten. Banken, Versicherungen, Börsen, Fonds nehmen dem Volumen nach zu. In den kapitalistischen Unternehmen nehmen Marketing, Einkauf und Verkauf, Verteilung, Verwaltung und Werbung im Vergleich zur eigentlichen Produktion an Bedeutung zu. Triebkraft oder, besser, das Ziel dahinter ist die Erhöhung der Profitrate. Man muss den „Erfindern“ der neoliberalen Umgestaltung des Kapitalismus zugestehen, dass dieses Ziel im Großen und Ganzen gelungen

ist. Der Anteil der Einkommen aus Gewinnen am Gesamtprodukt ist in den vergangenen 40 Jahren auf Kosten der Lohneinkommen in den kapitalistischen Kernländern gestiegen. Der in Geld gemessene Reichtum dieser Volkswirtschaften insgesamt ist ebenfalls gestiegen.

In der Weltwirtschaft insgesamt hat dieser Zuwachs an (fiktivem) Reichtum sich besonders kräftig in den USA niedergeschlagen. Die Fähigkeit der USA, sich anscheinend unbegrenzt zu verschulden, das dauerhaft hohe Leistungs- und Außenhandelsdefizit, der relativ zu hoch bewertete Dollar und die Tatsache, dass die USA nicht nur größter Importeur von Kapital sondern auch größter Kapitalexporteur sind und anscheinend bleiben, sind alle Ausdruck dafür.

Im vereinfachten Weltmodell der internationalen Handels- und Kapitalbewegungen haben wir es heute mit den USA und China zwei großen nationalen imperialistischen Mächten zu tun. China hat dabei bei Produktion und Handel in den letzten beiden Jahrzehnten die früher eindeutig dominanten USA überholt. Bei der Kontrolle des fiktiven Reichtums, auch Finanzen genannt, sind die USA noch immer weit überlegen. Man kann das vielleicht mit dem Verhältnis der beiden europäischen Mächte Britannien und Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichen. Industriell hatte Deutschland das relativ stagnierende Britannien damals überholt. Finanziell und, damit zusammenhängend in der Machtausübung über den Globus, war das damalige König- und Kolonialreich Britannien noch weit überlegen. China ist heute die größte Zusammenballung industriellen Monopolkapitals, in den USA konzentriert sich heute immer noch das weltweit größte und überlegene Geld-, Bank- und Finanzkapital.

Donald Trumps Zollpolitik ist das bisher deutlichste Zeichen dafür, dass China bei Pro-

duktion und Außenhandel die Nase vorn hat. Die USA glauben die heimische Industrie schützen zu müssen. China dagegen verteidigt die „liberale Weltordnung“ und den Freihandel. An schönen Worten lässt es die chinesische Regierung dabei nicht fehlen.

Vielleicht ist es ganz nützlich, die offizielle Position der deutschen Bundesregierung mit der der chinesischen Regierung und kommunistischen Partei zu vergleichen: Zunächst Xi Jinping im Bericht an den 20. Parteikongress der KPCH am 16. 10. 2022:

„China vertritt entschlossen eine Politik der Öffnung gegenüber der Außenwelt und verfolgt dabei eine Strategie des gegenseitigen Vorteils. Es ist bestrebt, durch seine eigene Entwicklung neue Potenziale für den gesamten Globus zu schaffen und so seinen Teil dazu beizutragen, eine Weltwirtschaft zu errichten, die für alle Völker von noch größerem Nutzen ist. China verfolgt dabei den richtigen Weg wirtschaftlicher Globalisierung. Es ist bestrebt, den internationalen Handel und Kapitalverkehr zu liberalisieren und zu erleichtern, Kooperationen auf bilateraler, regionaler und multilateraler Ebene voranzutreiben und die Koordination makroökonomischer Politiken zu stärken. China ist entschlossen, zusammen mit anderen Ländern ein entwicklungsförderndes internationales Klima zu schaffen, das der Welt neue Wachstumstreiber beschert. China wendet sich gegen Protektionismus, die Errichtung von Zäunen und Hindernissen, gegen „Decoupling“, das Zerreißen industrieller und handelsmäßiger Lieferketten, unilaterale Sanktionen und Erpressungsmanöver.“¹

Zum Vergleich Grundsätzliches zur Handelspolitik vom deutschen Wirtschaftsministerium (3.6. 2021):

„Der Welthandel gibt wichtige Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Die Bundesregierung tritt daher für offene Märkte, fairen internationalen Wettbewerb und für die Förderung des Handels auf der Grundlage klarer, vorhersehbarer und multilateral abgestimmter Regeln ein. Neben der Förderung offener Märkte ist es wichtig, wettbewerbsverzerrende Handels- und Subventionspraktiken in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union (EU) mit den handelspolitischen Schutzinstrumenten der Welthandelsorganisation (WTO) und EU zu adressieren.“²



¹ Übersetzt aus „Xi Jinping: Firmly Advancing High-Standard Opening Up“, englische Ausgabe von 'Qiushi', letzte Version 14. 11. 2025

² Erklärung des BMWI vom 3. 6. 2021 von dessen Website

Chinas Kapitalexporte

TEIL 1

Von Markus Bernd

Der folgende Beitrag erscheint in zwei Teilen. Ausgangspunkt ist ein Widerspruch zwischen der in Teilen der Partei verbreiteten positiven Einschätzung chinesischer Kapitalexporte und der Realität des kapitalistischen Weltmarkts in dem sie sich vollziehen. Während chinesische Auslandsinvestitionen und Kredite sowohl als Beitrag zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt und als Bestandteil eines sozialistischen Aufbaus Chinas interpretiert werden, zeigen zahlreiche Befunde, dass diese fortschreitende Integration der Länder in den Weltmarkt ungleiche Entwicklung und Abhängigkeiten festschreiben.

Im ersten Teil werden zunächst die theoretischen Grundlagen des Kapitalexports ausgehend von der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie dargestellt. Anschließend wird am konkreten Beispiel der laotisch-chinesischen Eisenbahn untersucht, wie chinesische Direktinvestitionen und Kredite praktisch organisiert sind und welche Auswirkungen sie auf Verschuldung, Eigentumsverhältnisse und Entwicklung haben.

Der zweite Teil erweitert diese Analyse auf die globale Ebene und untersucht anhand internationaler Daten, ob es sich beim Beispiel Laos um einen Sonderfall handelt oder um Ausdruck eines allgemeinen Musters chinesischer Kapitalexporte.

Einleitung

Kapitalexport gehört zu den zentralen Elementen des Imperialismus in Lenins Analyse; die DKP hat sich zu Recht zentrale Elemente der Imperialismusanalyse ins Programm geschrieben. Sowohl in klassischen Arbeiten¹ als auch in neueren Studien² wird die Ausdehnung kapitalistischer Verwertung in die Dritte Welt bzw. die Integration in den Weltmarkt als grundlegende Bedingung zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus beschrieben.

Dennoch werden chinesische Kapitalexporte in der UZ³ und selbst in Referaten und Publi-

kationen des PV weitgehend positiv bewertet.⁴ Sie erscheinen dort einerseits als Instrument zum Aufbau des chinesischen Sozialismus und andererseits als Beitrag zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt.⁵

Demgegenüber beobachten wir eine fortschreitende Ausdehnung kapitalistischer Vergesellschaftung innerhalb Chinas sowie global einen anhaltenden Werttransfer in die kapitalistischen Zentren – einschließlich der VR China. Zugleich stagnieren viele Länder der Drit-

¹ Luxemburg, R. 1975 [1913]: Die Akkumulation des Kapitals. Gesammelte Werke Bd. 5.

² Rodney, W. 2023 [1971]: Wie Europa Afrika unterentwickelte, S. 9

³ z.B. Wagener, K.: Infrastruktur für Eurasien und den Globalen Süden, UZ 6.10.2023 <https://www.unsere-zeit.de/infrastruktur-fuer->

[eurasien-und-den-globalen-sueden-4784237/](https://www.unsere-zeit.de/eurasien-und-den-globalen-sueden-4784237/).

⁴ Ausnahme etwa Kronauer, J. Gemeinsam gegen Unrecht, UZ 13.09.2024 <https://www.unsere-zeit.de/gemeinsam-gegen-unrecht-4795460/>

⁵ vgl. Behrens, U. Anti Blockade System, UZ 28.02.2025 <https://www.unsere-zeit.de/anti-blockade-system-4800800/>

ten Welt oder erleben sogar Deindustrialisierung⁶

Der Widerspruch zwischen dieser positiven Bewertung in der Debatte der DKP und der empirischen Entwicklung des Weltmarkts ist erklärungsbedürftig. Dies ist der Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrags. Ausgehend von einer Definition des Kapitalexports sowie einer Darstellung seiner Profit- und Wertdynamik wird untersucht, wie sich chinesischer Kapitalexport konkret auswirkt – erstens am Beispiel der Laotischen Demokratischen Volksrepublik, zweitens in aggregierter Form auf die Länder der Dritten Welt insgesamt.

Formen von Kapitalexport

Kapitalexport bezeichnet den Transfer von Wert als Kapital ins Ausland zum Zweck seiner Verwertung dort. Klassenverhältnisse werden damit internationalisiert. Kapitalexport wird notwendig, wenn Kapital im Inland nicht oder nicht ausreichend profitabel verwertet werden kann.⁷ Kapitalexport sichert dabei nicht nur höhere Profite, sondern auch Zugriff auf Rohstoffe sowie Kontrolle über Infrastruktur und Transportwege.

Nicht gemeint ist hier der Warenexport⁸, der direkt als Voraussetzung für die Akkumulation

von Kapital und indirekt über Exportkredite ebenfalls mit Kapitalexport verbunden ist. Bemerkenswert ist, dass nahezu alle chinesischen Handelspartner der Dritten Welt gegenüber China strukturelle Handelsdefizite aufweisen.

Zentrale Formen des Kapitalexports sind:

- ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI), als Export produktiven Kapitals,
- zinstragendes Kapital in Form von Krediten⁹,
- kommerzielles Kapital, insbesondere Infrastrukturinvestitionen,
- fiktives Kapital in Gestalt außerbilanzieller Konstruktionen wie Public-Private-Partnerships und Joint Ventures.

China nutzt alle diese Formen; den größten Anteil machen FDI und Kredite aus.¹⁰

Quellen und Dynamiken von Profit und Werttransfer

Ein mechanisches und unkonkretes Verständnis der leninistischen Imperialismustheorie bleibt bei der Extraktion von Extraprofiten stehen und blendet die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aus. Extraprofite, Monopolprofite und ungleicher Tausch existieren – und auch Chinas Bourgeoisie profitiert davon. Doch sie setzen das Wertgesetz nicht außer Kraft. Auch im internationalen Aus-

⁶ Vgl. UNCTAD, Trade and Development Report 2024: https://unctad.org/system/files/official-document/tdr2024overview_en.pdf

⁷ „Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet [...] sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder.“ „Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus ‚überreif‘ geworden ist und dem Kapital [...] ein Spielraum für ‚rentable‘ Betätigung fehlt.“ Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, [1916] in: Lenin, Werke, Bd. 22, S. 245.

⁸ vgl. den Beitrag von Lucas Zeise in dieser Ausgabe.

⁹ vgl. Marx, Kapital Bd. III, MEW 25 S. 350 ff.

¹⁰ Staatsrat der VRCh (2025) Chinas Auslandsdirektinvestitionen erreichen 2024 192,2 Mrd. USD, ein Anstieg um 8,4 %

https://english.www.gov.cn/archive/statistics/202509/08/content_WS68bed72bc6d0868f4e8f567e.html; Aidata (2025): Chasing China: https://docs.aidata.org/reports/chasing-china/Chasing_China_Full_Report.pdf.

tausch bleibt die Aneignung von Mehrwert die Quelle des Profits, nicht etwa „Raub“.

In der Konkurrenz verdrängen produktivere Kapitale weniger produktive – national wie international. Wer diese Dynamik ausblendet und Ungleichheit allein auf Willkür oder Monopolmacht zurückführt, gelangt leicht zur Vorstellung, Staaten oder Kapitale könnten im Außenhandel freiwillig auf Profit verzichten. Daraus folgt implizit eine ricardianische Freihandelsposition,¹¹ nach der beide Seiten vom Austausch profitieren, die Handelsflüsse ausgeglichen sind und Zölle letztendlich nur schaden.¹² Das Zurückfallen auf bürgerliche Positionen ausgerechnet im Bereich Waren- und Kapitalexport ist offenkundig problematisch.¹³ In der Sprache der UZ erscheint trotzdem unhinterfragt diese These der „Win-win-Kooperation“.

So heißt es etwa:

„China kauft Rohstoffe und liefert Infrastruktur, baut eine Fertigungsindustrie auf und liefert Produkte des täglichen Bedarfs [...]“¹⁴

Eine solche Darstellung abstrahiert jedoch von der Tatsache, dass kapitalistischer Aus-

¹¹ Siehe Ricardo, D. 1994 [1817] Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung.

¹² Zur Neubewertung der Globalisierung siehe B. Landefeld Das Ende der Globalisierung? UZ 11.04.2025 <https://www.unsere-zeit.de/das-ende-der-globalisierung-4802161/> zum Freihandel z.B. M. Sohn Festungsökonomie UZ 14.11.2025 <https://www.unsere-zeit.de/donquichotterie-4792991/>

¹³ Da Riccardos Position auch auf der theoretischen Ebene nur Sinn ergibt wenn man von einer quantitativen Geldtheorie ausgeht, ist es wert daran zu erinnern, dass Marx Ricardos quantitative Geldtheorie im dritten Band des Kapitals als „abgeschmackte Hypothese“ abkanzelte, MEW 23, 137 f.

¹⁴ U.Behrens, Anti-Blockade System UZ 28.02.2025: <https://www.unsere-zeit.de/anti-blockade-system-4800800/>

tausch stets profitgetrieben bleibt. Abgesehen von den Erkenntnissen der Antiglobalisierungsbewegung haben selbst bürgerliche Ökonomen wiederholt darauf hingewiesen, dass Freihandel und globale Kapitalmobilität keineswegs automatisch zu Wachstum in der Dritten Welt führen.¹⁵

Wer diese Dynamik ausblendet und Ungleichheit allein auf Willkür oder Monopolmacht zurückführt, gelangt leicht zur Vorstellung, Staaten oder Kapitale könnten im Außenhandel freiwillig auf Profit verzichten.

Im Folgenden wird – zunächst theoretisch, dann am Beispiel Laos und im zweiten Teil aggregiert auf Weltebene – gezeigt wie chinesischer Kapitalexport Wert aus Ländern der Dritten Welt zugunsten chinesischen Kapitals verschiebt.

Kapital, Zins und Ungleichheit im internationalen Austausch¹⁶

Kapitalexport lässt sich analytisch nicht vom Warenhandel trennen. Deshalb nähern wir uns

¹⁵ Vgl. Prasad et al. (2003) Effects on Financial Globalisation on Developing Countries. Some Empirical Evidence. Online:

<https://www.imf.org/external/pubs/nft/op/220/>; Altvater/Mahnkopf 2007: Grenzen der Globalisierung

¹⁶ Die folgenden Überlegungen stützen sich auf Anwar Shaikh (1980): Foreign Trade and the Law of Value I und II Online:

https://drive.google.com/drive/folders/1-DuRWVD2ozMQteyJo_cENqZOYaUXjsj

theoretisch ausgehend vom Warenexport an den Kapitalexport an, um die Funktionsweise zu erklären.

Die in der UZ implizit vertretene ricardianische Handelstheorie geht davon aus, dass Länder sich gemäß ihren komparativen Vorteilen spezialisieren und beide Seiten gewinnen. Der Ausgleich von Handelsungleichgewichten erfolge über Geldbewegungen: Überschüsse erhöhten die Geldmenge und damit die Preise im Exportland, Defizite senkten sie im Importland. Marx hat diese Geldmengentheorie mehrfach zurückgewiesen.

Tatsächlich führen Produktivitätsunterschiede zu strukturellen Handelsüberschüssen auf Seiten des produktiveren Landes. Kapital mit absolutem Kostenvorteil verdrängt die Konkurrenz. Im Defizitland schrumpfen Produktion und Investitionen; Kredit wird teurer und knapper. Mit sinkender Produktion fällt die Nachfrage nach Geldkapital, bis steigende Zinsen weitere Investitionen blockieren. Im Überschussland dagegen wird Kapital akkumuliert, die Zinsen sinken und überschüssiges Kapital wird exportiert – als FDI oder Kredit. In beiden Fällen handelt es sich um Kapital auf der Suche nach Verwertung: FDI zielt auf Mehrwert, Kredite auf Zins.

Für das Defizitland bedeutet dies: Handelsdefizit und Verschuldung gehen Hand in Hand. Kredite decken Liquiditätsbedarf, erzeugen jedoch Zinsansprüche und damit dauerhafte Wertabflüsse. Auch wenn weniger entwickelte Länder über einzelne absolute Vorteile verfügen – etwa bei Rohstoffen wie Öl oder Agrarprodukten wie Kakao –, bleibt das strukturelle Muster bestehen: Export von preislich volatilen Rohstoffen, Import von Industrieprodukten. Die Wertschöpfung konzentriert sich im industriell stärkeren Land, während im schwächeren Land Verschuldung anwächst.

Der Austausch zwischen produktiveren und weniger produktiven Ländern reduziert Ungleichheit nicht, sondern reproduziert sie. Marx formuliert es so: „in diesem Fall exploitiert das reichere Land das ärmere, selbst wenn letzteres durch den Austausch gewinnt“.¹⁷

Wie sich dieser Mechanismus konkret vollzieht, zeigt im nächsten Abschnitt das Beispiel Laos-China.

Chinesischer Kapitalexport in der Praxis: Das Beispiel Laos

Laos hat aufgrund der Abhängigkeit von chinesischen Industriegütern und Maschinen eine negative Handelsbilanz mit seinem Nachbarland. Die Handelsstruktur konzentriert sich auf Laos' Rolle als Lieferant von Rohstoffen, insbesondere Mineralien und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Zugleich ist Laos gegenüber China hoch verschuldet.

In Laos ist chinesisches Kapital inzwischen die größte Quelle für FDI und Kredite. Wir betrachten exemplarisch die Eisenbahnstrecke von der Grenzstation Boten-Mohan bis nach Vientiane. Diese wurde in der UZ als positives Beispiel für eine angebliche Win-win-Kooperation Chinas angepriesen.¹⁸

Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 5,9 Mrd. US-Dollar – zum Vergleich: Das BIP von Laos liegt inzwischen bei rund 17 Mrd. US-Dollar.¹⁹ Formal wird das Projekt als Public-Pri-

¹⁷ Marx, Kapital Bd. III, MEW 26-3, S. 101.

¹⁸ Siehe: Behrens, U. Anti-Blockade System UZ 28.02.2025 <https://www.unsere-zeit.de/anti-blockade-system-4800800/> und Wagener, K. Infrastruktur für Eurasien und den Globalen Süden UZ 6.10.2023 <https://www.unsere-zeit.de/infrastruktur-fuer-eurasien-und-den-globalen-sueden-4784237/>.

¹⁹ Projektfinanzierung: <https://china.aiddata.org/projects/33726/>, BIP Laos: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/41063>

vate-Partnership (PPP) unter dem Namen Laos-China Railway Company Limited (LCRC) umgesetzt, getragen von drei chinesischen und einem laotischen Unternehmen. 70 % der LCR gehören der chinesischen, nur 30 % der laotischen Seite.

Laos brachte 730 Mio. US-Dollar ein, China 1,63 Mrd. US-Dollar, während weitere 3,54 Mrd. US-Dollar über Kredite der chinesischen EXIM-Bank bereitgestellt werden.²⁰ Von den laotischen 730 Mio. US-Dollar stammen wiederum 480 Mio. US-Dollar aus einem chinesischen Kredit mit einem Zinssatz von 2,3 %, einer Laufzeit von 30 Jahren.²¹ Als Sicherheit hat Laos die Erträge aus vier verschiedenen Minen verpfändet.

Sämtliche Finanzmittel werden auf kommerzieller Basis bereitgestellt und müssen vollständig, inklusive Zinsen, zurückgezahlt werden. Die Finanzierungsstruktur wird als „versteckte Verschuldung“ bezeichnet, da nicht der laotische Staat, sondern das Joint Venture als Träger fungiert. Dass auch versteckte Verschuldung unmittelbare Auswirkung auf die Wirtschaft hat, zeigte sich bereits ausdrücklich: im Zuge der letzten Schuldenkrise überließ Laos im Endeffekt einem Joint Venture die Nutzungsrechte über das Elektrizitätsnetzwerk des Landes für 25 Jahre.²²

²⁰umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-von-laos/ .

²⁰ Siehe: AidData – China–Laos Railway Project (Project ID 85304)

<https://china.aiddata.org/projects/85304>.

²¹ Siehe: AidData – China Eximbank loan for China–Laos Railway Project (Project ID 33726).

<https://china.aiddata.org/projects/33726>.

²² Siehe: Xinhua (2021) Lao Grid Joint Venture signs Concession Pact with Lao Government

https://web.archive.org/web/20210316001419/http://www.xinhuanet.com/english/2021-03/12/c_139804986.htm und Fitch Ratings (2021) "Fitch

affirms Lao CCC"

<https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/>

Während also eine zentrale Infrastruktur des Landes mehrheitlich an ausländisches Kapital vergeben wird, trägt Laos das erhebliche erhebliche Ausfallrisiko, falls sich die Eisenbahn wirtschaftlich nicht selbst trägt.

Zwar ist der Bau der Bahn zunächst positiv zu bewerten, doch damit sie zum Wirtschaftswachstum beiträgt, müsste sie erstens ihre Kosten für Bau, Betrieb, Instandhaltung und Schuldendienst aus eigenen Einnahmen decken und zweitens zusätzliche wirtschaftliche Impulse erzeugen. Eine Eisenbahn ist nicht per se produktiv: Wenn sie primär dem Transit thailändischer Waren nach China dient, kann sie sogar negative Effekte haben. Ohne nennenswerte Weiterverarbeitung im Inland entsteht kaum Wertschöpfung – stattdessen wird die Rolle Laos' als Rohstoffzulieferer der chinesischen Wirtschaft weiter verfestigt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Produktivkräfte in Laos (TFP) während der Phase chinesischer Investitionen sogar rückgängig waren.²³ Von einer Partnerschaft auf Augenhöhe oder einem „Win-win“ kann unter diesen Bedingungen kaum gesprochen werden.

Aber auch hier müssen wir aufpassen, nicht auf bürgerliche Ansätze hereinzufallen: Würde China seine Vergabekriterien tatsächlich an den Interessen der Länder der Dritten Welt ausrichten, könnten zwar nominell die Produktivkräfte im Land gestärkt werden. Allerdings würde diese Kombination aus FDI und Kreditfinanzierung die Eigentumsverhältnisse zu Gunsten ausländischen Kapitals verändern.²⁴

[fitch-affirms-laos-at-ccc-09-08-2021](https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/)

²³ Feenstra et al. – Penn World Table (2025), processed by Our World in Data via

<https://ourworldindata.org/grapher/TFP-at-constant-national-prices-2011?country=~LAO>

²⁴ Einen Überblick über chin. Investitionen in produktive Kapazitäten außerhalb von Entwicklungsländern im Bereich „grüne Technologie“ liefern X. Xue und M. Larsen (2025): China's Green Leap Out-

Wer die Produktionsmittel besitzt, ist die entscheidende Frage. Wenn eigentlich öffentliches Eigentum an Infrastruktur zunehmend, wie im Beispiel Laos', chinesischem Kapital gehört, ist für die Arbeiterklasse ebenfalls nichts gewonnen. Die Übernahme in die Hände der Arbeiterklasse wären vor dem Hintergrund der substanziellen Sicherheiten in chinesischen Banken oder Steueroasen zudem erschwert. Jeder, der dieses Entwicklungsmodell als „Win-Win“-Modell verklärt, müsste hierzu Antworten finden.

Fazit

Die bisherige Analyse führt zu einem klaren Ergebnis: Chinesischer Kapitalexport – ob in Form von Direktinvestitionen, Krediten oder Public-Private-Partnerships – folgt den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Verwertung. Er ist auf Profit, Zins und die Sicherung von Eigentumsansprüchen ausgerichtet. Weder theoretisch noch am konkreten Beispiel Laos lässt sich eine davon abweichende, qualitativ andere Logik erkennen. Austausch findet im Kapitalismus nicht als „Win-Win“ statt.

Gerade am Beispiel der laotisch-chinesischen Eisenbahn wird anschaulich, wie chinesische FDI und Kredite konkret realisiert werden – und dass sie exakt jenen kapitalistischen Mechanismen folgen, die zuvor theoretisch herausgearbeitet wurden. Die Finanzierung ist kreditgetrieben, kommerziell organisiert und mit Sicherheiten unterlegt; die Eigentumsverhältnisse verschieben sich zugunsten chinesischen Kapitals, während Laos das ökonomische Risiko trägt. Zugleich bleibt die strukturelle Rolle des Landes als Rohstofflieferant weitgehend unangetastet.

In dem Maße, wie die Ungleichheit innerhalb dieser Austauschbeziehung gewachsen ist, hat auch die Verschuldung ein Ausmaß erreicht, bei dem mehr laotisches Geld für Zins- und Tilgungszahlungen nach China fließt, als umgekehrt neues Kapital von China nach Laos transferiert wird. Handelsdefizit, Verschuldung und Wertabfluss greifen damit ineinander. Von einer strukturellen Überwindung ungleicher Entwicklung oder einer „Win-win“-Konstellation kann unter diesen Bedingungen nicht gesprochen werden.

Ob es sich hierbei um einen Sonderfall handelt oder um ein allgemeines Muster chinesischer Kreditvergabe, wird im zweiten Teil des Beitrags untersucht. Dort werden die globalen Zahlungsströme, Kreditbedingungen und Rückflüsse systematisch analysiert, um zu klären, ob sich das in Laos beobachtete Phänomen – der Netto-Transfer von Wert in Richtung China – auch auf Weltebene nachweisen lässt.



ward. Online:

<https://www.netzeropolicylab.com/china-green-leap>.

DOKUMENTIERT

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

von Wladimir Iljitsch Lenin

Wir bringen an dieser Stelle einen Auszug aus den beiden Vorworten, weil hier Lenin selbst sein Werk unzensiert einordnet sowie einen kurzen Ausschnitt, in dem Lenin seine Kritik an Kautsky in der damaligen Imperialismus-Diskussion zusammenfasst.

Vorwort¹

[...] Die Schrift ist im Hinblick auf die zaristische Zensur abgefaßt. Aus diesem Grunde war ich nicht nur genötigt, mich strengstens auf die ausschließlich theoretische – insbesondere die ökonomische – Analyse zu beschränken, sondern auch die wenigen notwendigen Bemerkungen über die Politik mit größter Vorsicht zu formulieren [...]

Ich möchte hoffen, daß meine Schrift dazu beitragen wird, sich in der ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus.

Der Verfasser
Petrograd, 26. April 1917

Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe²

[...] II

In der Schrift wird der Beweis erbracht, daß der Krieg von 1914-1918 auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg (d.h. ein Eroberungs-

krieg, ein Raub- und Plünderungskrieg) war, ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Verteilung und Neuverteilung der Kolonien, der „Einflußsphären“ des Finanzkapitals usw.

[...] Der Bau von Eisenbahnen scheint ein einfaches, natürliches, demokratisches, kulturelles, zivilisatorisches Unternehmen zu sein: Ein solches ist er in den Augen der bürgerlichen Professoren, die für die Beschönigung der kapitalistischen Sklaverei bezahlt werden, und in den Augen der kleinbürgerlichen Philister. In Wirklichkeit haben die kapitalistischen Fäden, durch die diese Unternehmungen in tausendfältigen Verschlingungen mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt verknüpft sind, diesen Bau in ein Werkzeug zur Unterdrückung von einer Milliarde Menschen (in den Kolonien und Halbkolonien), d.h. von mehr als der Hälfte der Erdbevölkerung in den abhängigen Ländern, und der Lohnsklaven des Kapitals in den „zivilisierten“ Ländern verwandelt.

Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie – alle diese Schlagworte, mit denen die Kapitalisten und ihre Presse die Arbeiter und Bauern betrügen, liegen weit zurück. Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosse-

¹ W.I.Lenin Vorwort zu „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, LW 22, S.191

² Ebenda, S.194-198

lung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll „fortgeschrittener“ Länder geworden. Und in diese „Beute“ teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber (Amerika, England, Japan), die die ganze Welt in ihren Krieg um die Teilung ihrer Beute mit hineinreißen.

III

Der Frieden von Brest-Litowsk, von dem monarchistischen Deutschland diktiert, und dann der weitaus bestialischere und niederträchtigere Frieden von Versailles, von „demokratischen“ Republiken, Amerika und Frankreich, sowie vom „freien“ England diktiert, haben der Menschheit einen überaus nützlichen Dienst geleistet, indem sie sowohl die gedungenen Tintenkulis des Imperialismus entlarvten wie auch die reaktionären Spießer – mögen diese sich auch Pazifisten und Sozialisten nennen –, die den „Wilsonismus“ priesen und zu beweisen suchten, daß unter dem Imperialismus Frieden und Reformen möglich seien.

Dutzende Millionen von Leichen und Krüppeln, die der Krieg hinterließ – ein Krieg, der darum geführt wurde, ob die englische oder die deutsche Gruppe von Finanzräubern einen größeren Teil der Beute erhalten soll –, und dann diese beiden „Friedensverträge“ öffnen mit einer bisher ungekannten Schnelligkeit Millionen und aber Millionen durch die Bourgeoisie eingeschüchterter, niedergehaltener, betrogener und betörter Menschen die Augen. Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins in der ganzen Welt erwächst somit die weltweite revolutionäre Krise, die, welche lange und schwere Wandlungen sie auch durchmachen mag, nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg. [...]

Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstab bestätigt.

6. Juli 1920

N. Lenin

VII. Der Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus³

Wir müssen nun versuchen, das oben über den Imperialismus Gesagte zusammenzufassen und gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. [...]

Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Eine solche Definition enthielte die Hauptsache, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf noch von keiner kapitalistischen Macht eroberte Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung des Territoriums der restlos aufgeteilten Erde.

[...] Aber streiten muß man über die Definition des Imperialismus vor allem mit dem führenden marxistischen Theoretiker der Epoche der sogenannten zweiten Internationale, d.h. des Vierteljahrhunderts von 1889-1914, mit K. Kautsky. Gegen die grundlegenden Ideen, die in der von uns gegebenen Definition des Imperialismus zum Ausdruck kommen, wandte sich Kautsky ganz entschieden im Jahre 1915 und

³ Ebenda S.269-274

sogar schon im September 1914 mit der Erklärung, daß unter Imperialismus nicht eine Phase oder Stufe der Wirtschaft, sondern eine Politik, nämlich eine bestimmte, vom Finanzkapital „bevorzugte“ Politik zu verstehen sei, daß der Imperialismus nicht mit dem „modernen Kapitalismus“ „gleichgesetzt“ werden könne, daß, wenn man unter Imperialismus „alle Erscheinungen des modernen Kapitalismus“ – Kartelle, Schutzzölle, Finanzherrschaft, Kolonialpolitik – verstehe, die Frage, ob der Imperialismus eine notwendige Folgeerscheinung des Kapitalismus sei, auf die „platteste Tautologie“ hinauslaufe, denn dann „ist der Imperialismus natürlich eine Lebensnotwendigkeit für den Kapitalismus“ usw. [...]

Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt, indem er von Annexionen als der vom Finanzka-

pital „bevorzugten“ Politik spricht und ihr eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik. Als ob die territoriale Aufteilung der Welt, die gerade in der Epoche des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Formen des Wettkampfs zwischen den kapitalistischen Großstaaten bildet, vereinbar wäre mit einer nicht imperialistischen Politik. Das Resultat ist eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.

